

# POLIZEI REPORT

G 6811  
ISSN 0937-5333

Nr. 104 · Sept. 2010



**BEZIRKSGRUPPE SÜDHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,  
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER  
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen  
 der Bezirksgruppe Südhessen  
 der Gewerkschaft der Polizei  
 und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.  
 und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

[www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)



für Südhessen mit den  
 Kreisen Groß-Gerau – Darmstadt – Bergstraße  
 Odenwald und PAST Darmstadt/Lorsch

**Herausgeber:**  
 PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
 Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
 Tel.: (06 11) 9 92 27-0.  
 Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg  
 Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

**Verleger:**  
 POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-  
 arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen  
 Geschäftsführer: H. R. Jud

**Büro Frankfurt:**  
 Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
 Telefon (0 69) 7 89 16 52

**Verantwortlich für den Anzeigenteil:**  
 A. Jochum, St. Buschhaus

**Redaktion:**  
 GdP BZG Südhessen  
 Norbert Weinbach,  
 Uschi Hess

**Die Bezirksgruppe im Internet:**  
[www.gdp-bzg-suedhessen.de](http://www.gdp-bzg-suedhessen.de)

**Druck und Verarbeitung:** NK-Vertrieb GmbH, Abt.  
 NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.  
 Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag  
 enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
 wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-  
 lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch  
 auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion  
 gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;  
 die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht  
 unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel  
 werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr  
 veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das  
 Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-  
 zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt  
 und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen  
 Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz  
 vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts  
 (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch  
 ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-  
 werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.  
 (ISSN 0937-5333)

## Aus dem Inhalt

Toni Pedron neuer BZG-Vorsitzender Südhessen	Seite 4	Neue Besen kehren gut	Seite 13	Solidarität der Polizei ist gefragt	Seite 24
Aus dem Personalrat Südhessen	Seite 5	Steter Tropfen höhlt den Stein		KG Odenwald sagt vielen Dank	
Gut vorbereitet in ein Auswahlgespräch gehen	Seite 7	Hausaufgaben im eigenen Land machen	Seite 15	Gewerkschafterin mit Leib und Seele	Seite 25
220 zusätzliche Beförderungstellen		20 Jahre belastende Dienste sind genug	Seite 16	GdP kümmert sich um Wachpolizei HSOG und Neuregelungen	Seite 26
Steuerbonus für Pflegeleistungen	Seite 9	Über das Berufsbild eines Polizeibeamten	Seite 18	GdP hat fünf neue Pensionäre	
Die Armen werden immer Ärmer		Aus den Kreisgruppen	Seite 20	Urgestein wird 88 Jahre alt	Seite 27
Offener Brief	Seite 10	Wilfried Seibel und zwei Bürgermeister kochten	Seite 20	DGB-Website ohne Senioren-Plattform	
Bouffier wird hessischer Ministerpräsident	Seite 11	1000 Euro für Darmstädter Tafel	Seite 21	Rentenversicherung kostenlos erreichbar	Seite 28
Henning Möller - Fels im Hauptpersonalrat	Seite 12	Ingo Meisel geht zur PSt Heusenstamm	Seite 21	GdP-Beitrag auch für Senioren steuerlich absetzbar	Seite 29
		Sie geht fort und "kehrt" nie wieder	Seite 23	Suchmaschinen für Pflegeleistungen	Seite 30

# Toni Pedron neuer BZG-Vorsitzender Südhessen

## Nachwahlen für den verstorbenen Vorsitzenden Rolf Büttner

Die Trauer um den leider allzu früh verstorbenen Vorsitzenden der Bezirksgruppe Südhessen, Rolf Büttner, ist die eine, wenn auch traurige, Seite der Gewerkschaftsarbeit. Da die Arbeit aber weitergehen muss, hat der BZG-Vorstand in seiner August-Sitzung die Weichen für die Zukunft gestellt und in geheimer Wahl den Vorsitzenden der KG Groß-Gerau und Chef der Jungen Gruppe Hessen der GdP, Antonio Pedron, zum neuen BZG-Vorsitzenden gewählt. Als Wahlleiter fungierte Hartmut Schwöbel, der dem neuen Südhessen-Chef auch als erster gratulierte.

Im Vorfeld war die Kandidatur von Toni Pedron bereits abgesprochen worden. Er sehe seine Aufgabe durchaus als schwierig an, meinte Toni Pedron nach der Wahl, wisse, dass es nicht einfach werde, er verlasse sich aber auf eine gute Zusammenarbeit mit allen Vorstandsmitgliedern. Er hoffe auch darauf, dass der Personalratsvorsitzende Michael Schweikert ein wenig von der Belastung abnehme. Gemeinsam wolle man durch dick und dünn gehen. Für konstruktive Kritik sei er offen. Er werde im Februar 2011 den Vorsitz der Jungen Gruppe abgeben und suche jetzt auch einen Nachfolger für den Chefsessel der Kreisgruppe Groß-Gerau.

Mit seiner Wahl zum Vorsitzenden wurde aber auch sein bisheriges Amt als Stellvertreter frei. Da es der Wunsch des Vorstands war, möglichst alle Kreisgruppenvorsitzenden als stellvertretende Vorsitzende im BZG-Vorstand zu haben, wurde Thomas Walther, Vorsitzender der KG Odenwald, zum neuen Vertreter gewählt. Darmstadt Vorsitzender Reinhard Wittke, hatte auf eine Kandidatur verzichtet, da er Teilzeit arbeitet.

Sein Amt als Beisitzer Schutzpolizei hatte der Groß-Gerauer Fritz Ruhland, wegen beruflicher Belastung zurückgegeben. An seiner Stelle wurde Sascha Ripper gewählt. Er ist ledig, 28 Jahre alt, aktiv in der Jungen Gruppe und als stellvertre-

tender Kassierer der KG und arbeitet beim 2. Polizeirevier in Darmstadt. nw



**Zur Wahl als neuer Vorsitzender der BZG Südhessen beglückwünschte Wahlleiter Hartmut Schwöbel, v.l., Antonio Pedron, daneben Sascha Ripper (Beisitzer Schutzpolizei) und Thomas Walther (stellvertretender BZG-Vorsitzender). nw**

## Danksagung

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 13.4.2010 ist mein Ehemann, unser Vater und Ihr Kollege Rolf Büttner verstorben.

Die Anteilnahme der Kollegen war für uns überwältigend.

Rolf war für Sie nicht nur Kollege, er war auch ein guter Freund. Das haben Sie mit Ihren Beileidsbekundungen und der Teilnahme an der Trauerfeier nachdrücklich bewiesen.

Wir bedanken uns an dieser Stelle ganz herzlich bei allen, die in der Trauer mit uns gefühlt haben und uns ihre Hilfe angeboten haben. Ein besonderer Dank geht an die Ehrenwache am Sarg, das kleine Landespolizeiorchester und die Redner bei der Trauerfeier.

Mit Hilfe von Ihnen ist Rolf ein würdiger Abschied erteilt worden. Er war Polizeibeamter und Gewerkschafter mit Leib und Seele und sie haben ihm die ihm gebührende Ehre erwiesen.

Hiefür bedanken wir uns ausdrücklich.

Mit freundlichen Grüßen

Evelyne Büttner  
Julia Büttner  
Alexander Büttner

# Aus dem Personalrat Südhessen, August 2010

## Laufbahnwechsel von der Schutz- zur Kriminalpolizei

Gemäß den Richtlinien für den Laufbahnwechsel von der Schutz- zur Kriminalpolizei ist Voraussetzung für einen Laufbahnwechsel, dass sowohl ein sechsmonatiges Fachpraktikum in den Polizeipräsidien und dem HLKA sowie die Teilnahme an dem vierwöchigen Seminar „Kriminalpolizeiliche Kompetenz“ erfolgreich absolviert wurden. Hessenweit gibt es allerdings derzeit rund 300 Schutzpolizeibeamt/innen die im Bereich der Kriminalpolizei beschäftigt sind, ohne die o.a. Voraussetzungen für einen Laufbahnwechsel zu erfüllen. Gemäß Erlass des HMdLuS wurde nun in Absprache mit dem Hauptpersonalrat eine Neukonzeption zum Laufbahnwechsel vereinbart.

- 1 Sofern die Dienstaufnahme bei der Kriminalpolizei vor dem 1.1.2008 erfolgt war, ist ein unmittelbarer Laufbahnwechsel von der Schutz- zur Kriminalpolizei möglich, ohne dass die o.a. Voraussetzungen erfüllt werden müssen.
- 1 Lag die Dienstaufnahme bei der Kriminalpolizei in der Zeit vom 1.1.2008 bis 1.12.2009, sollen die betroffenen Beschäftigten an der Fortbildung teilnehmen.
- 1 Erfolgte die Dienstaufnahme bei der Kriminalpolizei nach dem 1.1.2010, müssen die entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen absolviert werden.

Eine Übernahme von der Schutz- zur Kriminalpolizei kann demnach auch ohne Übernahmelehrgang vollzogen werden, sofern die Beschäftigten erfolgreich in das neue Aufgabengebiet eingeführt wurden und sich dabei bewährt haben.

Als Personalrat haben wir sicher gestellt, dass für die Beschäftigten der Kriminalpolizei keine Nachteile entstehen, wenn sie keinen Übernahmelehrgang absolviert haben, d.h., dass in einer Stellenausschreibung der kriminalpolizeiliche Übernahmelehrgang nicht als Voraussetzung im Anforderungsprofil stehen darf. Hierdurch haben wir

eine Zwei-Klassen-Kriminalpolizei abgewendet. Darüber hinaus bleibt der Anspruch bestehen, bei Bedarf auch nachträglich noch den Lehrgang „Kriminalpolizeiliche Kompetenz“ zu besuchen.

### Überprüfung von Zu- und Abgangszeiten durch die Innenrevision

Das PP Südhessen muss sich auch den Prüfungen des Rechnungshofes unterwerfen. So hatte die Innenrevision des PP Südhessen im März 2010 den Auftrag, offensichtlich fehlerhafte Buchungen von Zu- und Abgangszeiten in IZEMA zu überprüfen. Im Ergebnis wurde nun festgestellt, dass bei mehr als zehn gebuchten Zu- und Abgangszeiten pro Quartal die Fehlerquote bei 90 Prozent liegt. In Einzelfällen wurden in einem Quartal bis zu 50 zusätzliche Zu- und Abgänge gebucht. Des Weiteren wurden wohl auch Beschäftigten während der Elternzeit zusätzliche Stunden für Zu- und Abgänge auf dem Haben-Konto gut geschrieben. Im Ergebnis ist festzustellen, dass es häufig zu Fehlbuchungen kam, weil eine Änderung des Arbeitsrhythmus in IZEMA nicht geändert worden ist. Je nachdem, ob jemand im Tag-, Schicht- oder Wechselschichtdienst Dienst versieht (im WSD ist auch noch zwischen Spät/Früh/Nacht bzw. Tag/Nacht und 4 bzw. 5 Dienstgruppen zu unterscheiden), ist die entsprechende Anzahl von Regeldiensten im System hinterlegt. Über die hinterlegte Anzahl der Regeldienste hinausgehende Dienste begründen dann den Anspruch für die Vergütung von Zu- und Abgangszeiten. Diese fehlerhaften Erfassungen können den betroffenen Beschäftigten allerdings nicht zum Vorwurf gemacht werden. Sicher gibt es keinen Rechtsanspruch für Mehrarbeitsstunden die durch fehlerhafte Buchungen zustande gekommen sind. Es ist den betroffenen Beschäftigten aber auch nicht vorzuwerfen, dass das System (warum auch immer) fehlerhaft gebucht hat. Es ist auch nicht realistisch und verhältnismäßig, die Arbeitsnachweise

akribisch zu kontrollieren. Dieser Aufwand steht sicher nicht in Relation und ist auch im Sinne einer effizienten Dienstausbübung nicht zu erwarten. Die Wortwahl im Anschreiben an die Betroffenen war sehr unglücklich, so dass wir dies bei der Behördenleitung entsprechend kritisiert haben. An dieser Stelle halten wir fest, dass keiner der Beschäftigten diese Zeiten zu Unrecht erlangt hat. Weiterhin haben wir gefordert, dass zukünftig die Betroffenen transparent und nachvollziehbar über solche Sachverhalte informiert werden.

Wir arbeiten für IZEMA nicht IZEMA für uns. Dieses Beispiel macht aber auch deutlich, dass die Erfassung der Arbeitszeit mit IZEMA noch immer nicht dort ist wo sie sein sollte.

### Schießausbildung

An dieser Stelle erinnern wir jeden, die Schießtermine wahrzunehmen. Sollte es Probleme geben bei der Terminvergabe oder mit der Koordinierung, dann kommuniziert mit unseren Schießausbildern, die helfen gerne weiter. Wir müssen sechs Termine im Jahr wahrnehmen. Letztlich ist es unsere Sicherheit und die des Streifenpartners. Der Verzicht auf die Wahrnehmung des Schießtrainings, um stattdessen die „Statistik“ von Vorgängen und Bar-Verwarnungen zu verbessern, ist unprofessionell und verantwortungslos.

### Versetzungstermin August 2010 – Ein Fall für sich

Zum 1. August 2010 mussten im Zusammenhang mit der Besetzung von Stellen nach hausinternen Interessensabfragen, Versetzungs- und Umsetzungsmaßnahmen, rund 150 Personalmaßnahmen vorgenommen werden. Viele Betroffene wurden erst sehr spät darüber informiert. Insbesondere Beschäftigte aus anderen Präsidien und der Bereitschaftspolizei wurden erst unmittelbar vor dem Versetzungstermin darüber informiert zu welcher Dienststelle sie letztendlich versetzt

werden. Das gilt es zu verbessern. Die Anzahl der Personalentwicklungsmaßnahmen (PE) war nicht unbedeutend aber nicht ausschließlich Ursache für die Verzögerungen. Künftig sollen sich die Laufzeiten für PE-Maßnahmen an den Versetzungsterminen 1.2. und 1.8. orientieren.

Gesamtbetrachtung ist es allerdings trotz des Zeitverzuges gelungen, viele interne Umsetzungswünsche zu realisieren. Auch bei den hinzuvversetzten Kolleg/innen konnten die Wunschdienststellen weitestgehend realisiert werden. Unter der Federführung des Polizeivizepräsidenten, mit Unterstützung der Abteilung

schichtdienst – hier erfolgen die Stellenbesetzungen über die Umsetzungswunschliste) im Wege einer Interessensabfrage hausintern (innerhalb Südhessens) ausgeschrieben werden. Weil diese Stellenbesetzungen häufig wieder Nachbesetzungen und entsprechende Nachfolgeausschreibungen nach sich ziehen können, wird zumeist nur eine relativ kurze Bewerbungsfrist von zwei Wochen eingeräumt. Die Stellenausschreibungen sind im Intranet des PP Südhessen, unter den Quicklinks abzurufen. Natürlich sollten alle interessierten Kolleg/innen auch während Urlaub oder Krankheit über die Stellenausschreibungen informiert werden. Offensichtlich ist dies nicht immer der Fall. Bei Umsetzungs- bzw. Veränderungswünschen ist es deshalb ratsam, seine/n Dienstvorgesetzte/n davon in Kenntnis zu setzen. Auf jeden Fall ist es unschädlich, wenn Bewerbungen erst nach Ende der offiziellen Bewerbungsfrist eingehen. Mit der Behör-



**Begrüßungsfoto der neuen Beschäftigten beim PP Südhessen. AP**

Durch das fordernde Bewerberverhalten haben sich viele Versetzungsinteressent/innen aus der Bereitschaftspolizei gleichzeitig bei mehreren Präsidien beworben. So ist es auch vorgekommen, dass Mitte Juli einige ihre Bewerbung zurückgezogen haben, wenn die angedachte Dienststelle nicht ihren Wünschen entsprach bzw. wenn ein bevorzugtes Präsidium die Übernahme zum 1.8.2010 erklärt hatte. Allein die Rücknahme der Bewerbung führte oftmals dazu, dass die Planungen neu angegangen werden mussten. Wenn zum Beispiel jemand aus dem Raum Bergstraße für Bensheim vorgesehen war und nicht nach Bensheim wollte und der Nachrücker aus dem Wohnortbereich von Wiesbaden kam, konnte und wollte man diesen Nachrücker nicht Bensheim zuweisen.

Die Planung hat sich dann in den ersten zwei Juli-Wochen fast täglich und in der letzten Juli-Woche fast stündlich geändert. Durch die Urlaubszeit, aber auch durch das Vorziehen der Maßnahmen für die Oktober-Beförderungen, wurde der Ablauf der Planung im Zusammenhang mit internen Personalmaßnahmen verzögert. Die Oktober-Beförderung hatte aufgrund der drohenden Haushaltssperre höchste Priorität. Immerhin sind bis auf wenige Einzelfälle bei denen noch Auswahlverfahren anstehen, fast alle Beförderungsurkunden schon ausgehändigt worden. In der

Einsatz sowie der Abteilung Verwaltung, hier besondere von Dieter Tatulinski, wurde ein Personalmaßnahmenpaket geschnürt in dem sehr viele Wünsche von Kolleg/innen realisiert werden konnten.



**Aufmerksam hörten sich die „Neuen“ an, was die Polizeiführung des PP Südhessen zu sagen hatte. AP**

### **Bewerbungsfrist für hausinterne Interessensabfragen**

Wie bereits geschildert, werden beispielsweise durch Ruhestandsversetzungen bzw. Wegversetzungen frei gewordene Stellen zumeist wieder besetzt. Für die Nachbesetzung dieser Stellen hat der Personalrat mit der Behördenleitung vereinbart, dass alle Stellen (Ausnahme: SB/in im Wechsel-

denleitung wurde vereinbart, dass auch verspätet eingegangene Bewerbungen berücksichtigt werden, sofern das Auswahlverfahren noch nicht abgeschlossen ist. AP

# Gut vorbereitet in ein Auswahlgespräch gehen

## „Behördeninterne Auswahlverfahren“ als Fortbildungsmaßnahme

In der Vergangenheit war es häufig der Fall, dass Stellenbesetzungen im Rahmen von Auswahlgesprächen entschieden wurden. Hierbei wurden bei den Bewerbern teilweise erhebliche Defizite festgestellt. Personalrat und Behördenleitung sind daher zu dem Ergebnis gekommen, dass es notwendig sei, die Mitarbeiter/innen des PP Südhessen entsprechend zu qualifizieren. Letztlich wurde vereinbart, im Rahmen einer „Inhouse-Schulung“ ein entsprechendes Vorbereitungsseminar anzubieten. Ziel der Veranstaltung war es, potentiellen Bewerber/innen zu vermitteln, auf was es in diesen Gesprächen ankommt bzw. wie sie sich selbst in die Lage versetzen können, in einem solchen Auswahlgespräch eine positive und überzeugende Darstellung zu präsentieren.

### Behördeninternes Auswahlverfahren

Im Juni wurden im Rahmen der dezentralen Fortbildung jeweils eine Vor- und Nachmittagsveranstaltung zum Thema „Behördeninterne Auswahlverfahren“ angeboten. Die Seminare waren mit mehr als 100 Teilnehmer/innen sehr gut besucht. Bei seinen Begrüßungsworten machte Polizeivizepräsident (PVP) Uwe Brunnengräber Ausführungen zu Personalentwicklung, Struktur und Ablauf von Auswahlverfahren. Er stellte auch klar, dass sich Stellenbesetzungen und Beförderungen nicht daran orientieren, wer denn nun dran sei. Vielmehr gehe es ihm dar-



**PVP Uwe Brunnengräber, links, begrüßte die Teilnehmer zum Seminar „Behördeninternes Auswahlverfahren“. ap**

um, den richtigen Menschen für die richtige Stelle zu finden.

„Weil der Prophet im eigenen Land nichts gilt“, hatte der PVP den externen Diplom-Psychologen Wolfgang Ernst von Novatio-Consulting aus Rosenheim als Referenten engagiert. Unterstützt wurde der Moderator vom Kollegen Peter Hertzog von der Abteilung Einsatz, der insbesondere zum Thema „Soziale Kompetenz“, die in den meisten Anforderungsprofilen gefordert wird, ausführlich referierte und dabei auch die Seminarteilnehmer in Rollenspielen mit eingebunden hat.

### Auf Fragen vorbereitet sein

Bei diesem Seminar wurden die Kommunikation, die Vorbereitung und die Verhaltensweise im Bewerbungsgespräch trainiert. Fragen wie, „Was kommt auf mich zu?“, „Mit welchen Fragen muss ich und mit welchen Fragen kann ich rechnen?“, wurden erläutert. Man sollte

auf jeden Fall mit der Frage nach der Motivation für diese Stellenbewerbung rechnen. Wer hier bereits ins Stocken kommt, fängt schlecht an. Darüber hinaus ist es sinnvoll, wenn sich die Bewerber im Vorfeld mit der zu besetzenden Stelle und insbesondere mit dem Anforderungsprofil auseinandersetzen. Auf die Frage, „Welche Aufgaben haben Sie als DGL?“, ist die Antwort „Viele!“ wenig hilfreich. Eine solche Frage kann als Einstieg dienen, um dann auch eine lockere und zwanglose Atmosphäre zu schaffen. Zwangsläufig werden dann aber auch Fachfragen gestellt, die sich zumeist an dem Tätigkeitsbereich der zu besetzenden Stelle orientieren. Sich vor einer Auswahlkommission zu präsentieren geht zwangsläufig mit persönlichen Ängsten, Anspannungen und Nervosität einher. Dieses „Lampenfieber“ ist sicher ganz normal, für manche Bewerber aber auch problematisch. Durch Wolfgang Ernst wurden Beispiele und Verfahrensweisen aufgezeigt, wie man die eigene Nervosität besser kontrollieren kann.

### Seminar positiv bewertet

Zum Ende der Veranstaltung konnten alle Teilnehmer eine Bewertung für dieses Seminar abgeben. Die große Mehrheit war sehr zufrieden und empfand das Seminar als sehr hilfreich. Ein großes Lob an PVP Uwe Brunnengräber, der die Durchführung dieses Seminars, das bei der hessischen Polizei wohl sonst noch nie in dieser Form stattgefunden



**Aufmerksame Seminarteilnehmer, die sich über die Modalitäten eines Auswahlgesprächs informierten. ap**

den hat, auf den Weg gebracht hat. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, wenn die Behördenleitung in ihr Personal investiert und es auch in diesem Bereich weiter qualifiziert. Die positiven Rückmeldungen sollten auch dazu führen, eine solche Veranstaltung regelmäßig zu wiederholen.

### Schulung der Auswahlkommission

Neben dem Seminarangebot für die Mitarbeiter/innen wurden auch

die Mitglieder der Auswahlkommission in einer separaten Veranstaltung ganztägig durch Wolfgang Ernst beschult. Ziel war es dabei, die Mitglieder der Auswahlkommission zu sensibilisieren und alle auf ein gleiches Niveau zu bringen. Die stimmberechtigte Auswahlkommission im Beförderungsverfahren setzt sich grundsätzlich aus dem Polizeivizepräsidenten, der Leitung der Abteilung Verwaltung, der Leitung der Abteilung Einsatz und einem Mitglied des Personalra-

tes zusammen. Als beratende Mitglieder gehören der Auswahlkommission die Direktionsleitung an in deren Verantwortungsbereich die zu besetzende Stelle fällt, die Frauenbeauftragte sowie der Vertreter der Schwerbehinderten. Protokollführer/in ist in aller Regel ein/e Mitarbeiter/in der Personalabteilung.

AP/MS

## 220 zusätzliche Beförderungsstellen

### Kooperation von GdP, DPolG und bdk hat Hebungsprogramm ausgehandelt

„Manchmal geschehen noch Zeichen und Wunder“ könnte man sagen, wenn man den neuesten Erfolg der „Kooperation der Gewerkschaften und Berufsvertretungen der hessischen Polizei“ betrachtet. GdP, DPolG und bdk haben mit (Noch)Innenminister Bouffier ein Hebungsprogramm ausgehandelt, das bis zum Jahr 2013 220 zusätzliche Beförderungsstellen und 20 weitere Stellen bringt.

#### Es ergeben sich folgende Beförderungsmöglichkeiten:

- q 2011: 90 Hebungen von A10 nach A11, 4 Hebungen von A10 nach A13
- q 2012: 50 Hebungen von A10 nach A11, 3 Hebungen von A10 nach A13
- q 2013: 50 Hebungen von A10 nach A11, 3 Hebungen von A10 nach A13

- q Bis 2013: 15 weitere Stellen in den Besoldungsgruppen 1 x A16, 1 x A13 g.D., 3 x A12, 8 x A11, 2 x A10. Dazu kommen fünf Stellen für Tarifbeschäftigte: 2 x h.D., 3 x g.D.

Es handelt sich um einen schönen Teilerfolg im Interesse unserer Kolleg/innen, kann aber nur ein erster Schritt sein auf dem Weg zu einer gerechteren Besoldungsstruktur im Rahmen der zweigeteilten Laufbahn, meint die GdP. gdp/nw

## Steuerbonus für Pflegeleistungen

### 4000 Euro können abgezogen werden

„Haushaltsnahe Dienstleistungen“ ist der begriff für die steuerliche Förderung von Pflege- und Betreuungsleistungen in Privathaushalten. War das Verfahren der Abzugsfähigkeit von der Steuerschuld bisher ein wenig kompliziert, ist es nun durch einen Beschluss der Finanzbehörden von Bund und Ländern vereinheitlicht und vereinfacht worden. Jetzt können zwanzig Prozent der Kosten für Pflege- und Betreuungsleistungen von der Einkommenssteuerschuld abgezogen werden. Dieser Vorteil gilt für Kosten bis zu 20.000 Euro. Jetzt können beim Finanzamt also bis zu 4000 Euro geltend gemacht werden.

stimmte Aufwendungen ausbezahlt. Dies gilt auch, wenn das Pflegegeld an pflegende Angehörige ausbezahlt wird.

Sollte die Pflegekasse aber zweckgebundene Leistungen erstatten, würden diese auch weiterhin auf die abzugsfähigen Aufwendungen angerechnet. nw



Mitglieder des GdP-Bezirksgruppenvorstandes, v.l., Claudia Strack, Sigi Gamperl, Hartmut Fickinger, Abdurezak Omer, „Charlie“ Braun, Thomas Walther, Uschi Hess, Susanne Lorz, Klaus Strack, Dietmar Rodenheber, Ulrich Bohrmann, Michael Majewski, Wilfried Seibel, Sascha Ripper, Michael Schweikert, Michael Hartmann, Ralf Levita, Herbert Herzog, Klaus Eschenfelder, Monika Duric, Annerose Meierewert, Jörg Gaulrapp, Jörg Hartweck, Norbert Weinbach. Es fehlen vom BZG-Vorstand auf dem Bild: Antonio Pedron, Reinhard Wittke, K.D. Fritzsche, Volker Fischer, Fritz Ruhland. nw

Klargestellt wurde auch, dass das durch die Pflegekasse ausgezahlte Pflegegeld nicht auf den Steuervorteil angerechnet werden darf. Es werde nicht zweckgebunden für be-

# Die Armen werden immer ärmer

## Die Kluft zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander

„Mehr Netto vom Brutto“, so ein Werbeslogan der FDP vor der Bundestagswahl, kehrt sich nach der Wahl ins Gegenteil um. Was die Sozialverbände schon lange festgestellt haben, dass die Armen immer ärmer, die Reichen aber immer reicher werden, hat auch das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) festgestellt. Es stellt der neuen Bundesregierung ein denkbar schlechtes Zeugnis aus. Statt entgegengusteuern, treibt die schwarz-gelbe Koalition mit ihren Sparplänen die Spaltung der Gesellschaft voran. Ein deutliches Zeichen in dieser Richtung ist jetzt auch die von Wirtschaftsminister Brüderle geforderte Rücknahme der Rentengarantie, was von der Kanzlerin schnellstens dementiert wurde.

Als besorgniserregend beschreibt das DIW den Trend der Einkommensentwicklung. Im Jahr 2009 hatten 61,5 Prozent der Menschen mittlere Nettoeinkommen zwischen 860 und 1844 Euro. Neun Jahre vorher waren es noch 66,5 Prozent, die über soviel (oder wenig) Geld verfügten. Auf der anderen Seite vergrößerte sich der Anteil der Menschen mit niedrigem Einkommen von 17,8 (2000) auf 21,7 Prozent (2009). Bei den oberen einkommen wuchs der Anteil von 15,6 auf 16,8 Prozent. Während die „kleinen Leute“ ihr Einkommen in den Supermärkten an der Kasse ausgeben, machen sich die Reichen Sorgen um den Wert ihrer Aktien und Fondsbeiträge. Ansonsten schwelgen sie im Geld, haben keine Ahnung (und wollen es auch nicht wissen), wie es dem Normalbürger geht. Der Mittelstand, einst das Rückgrat der Deutschen, wird immer kleiner, die

Zahl der Sozialhilfeempfänger (Hartz IV) wächst dagegen. Vor allem Alleinerziehende und Rentner/innen leiden unter den Plänen der Regierung. Wer sich die Pläne für eine neue Gesundheitsreform (ist das überhaupt eine Reform oder wieder nur ein alter Hut?) betrachtet, dem kann Angst und Bange werden. Die Großen werden geschont, die Kleinen müssen bluten.

Warum geht eigentlich niemand gegen die großen Vermögen vor mit Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Bankenabgabe, Verbot von gewissen Geldgeschäften? Warum wehren sich Politiker gegen Mindestlöhne, die kleinen Leuten vielleicht ein besseres Einkommen ermöglichen? Warum gibt es keine enge Begrenzung von Zeit- und Leiharbeit, keine wirksamen Kontrollen gegen Schwarzarbeit?

Warum dürfen Finanzprüfer nicht so prüfen, wie sie es für notwendig halten, damit ein paar mehr Milliarden Euro in die Staatskasse kommen? Warum gehen Steuerflüchtlinge straflos aus, wenn sie sich zu ihrer Steuerhinterziehung bekennen? Warum dürfen sich Rennfahrer, Schauspieler und andere Deutsche mit angeblichem Wohnsitz im steuergünstigen Ausland noch Deutsche nennen?

Warum werden sie nicht, wie in den meisten anderen Ländern auch, so besteuert wie „Deutsche“? Wie kann ein Herr Vettel, Formel-Eins-Rennfahrer, sich Heppheimer nennen, wenn er doch seinen Wohnsitz aus steuerlichen Gründen in der Schweiz hat? Von einem Herrn Schumacher gar nicht erst zu reden.

Warum soll bei Hartz-IV-Empfängern das Elterngeld wegfallen und der Heizkostenzuschuss wenn auf der anderen Seite Elite-Unis bezuschusst werden? Warum müssen arme Leute in heruntergekommene Wohnviertel ziehen, wo die Kinder kaum eine Chance haben, aus dem sozialen Elend herauszukommen, wo sie keine Perspektive haben, weil für die Bildung und Freizeit unserer Jugend immer weniger Geld zur Verfügung steht?

Das reale Einkommen breiter Bevölkerungsschichten sinkt immer weiter und trotzdem will die Regierung genau von diesen Menschen immer mehr Geld haben oder sie weniger unterstützen als bisher. Wir geben sinnlos viel Geld aus für Umschulungen, Seminare zur Berufsvorbereitung, erheben aber auf der anderen Seite Studiengebühren für Studenten mit und ohne Geld. Wir zahlen BAföG auch an Menschen, die es finanziell nicht notwendig haben und vergessen, dass Eigentum verpflichtet, dass wir eigentlich eine soziale Marktwirtschaft haben. Es gibt ausreichend Möglichkeiten, auch die Reichen zur Kasse zu bitten, ihnen Privilegien zu nehmen, Steuerschlupflöcher zu stopfen, damit die Kluft zwischen arm und reich nicht noch weiter auseinander geht, damit der soziale Friede in diesem Land erhalten bleibt. Nicht alle die Arbeitslosen dieses Landes sind notorische Faulenzer. Die meisten würden gerne arbeiten, nicht aber als „Ein-Euro-Jobber“ oder Leiharbeiter. Die Wahrheit ist, dass es einfach nicht genügend Arbeitsplätze für diese Menschen gibt. Das sollte auch dem „blödesten“ Politiker endlich aufgehen. Norbert Weinbach

## Wer lebt denn hier über seine Verhältnisse?

Von Stephan Ueberbach, SWR, ARD-Hauptstadtstudio

**Betreff: Offener Brief an die Bundeskanzlerin**

**Diesen offenen Brief schickte ARD-Korrespondent Stephan Ueberbach an die Bundeskanzlerin, als diese die neuesten Sparpläne mit dem Kommentar vorstellte: „Wir haben jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt“.**

## Dieser Brief ist es wert, veröffentlicht zu werden, da er zeigt, wie groß der Unmut der Bevölkerung ist.

Liebe Bundesregierung, sehr geehrte Frau Merkel, wen meinen Sie eigentlich, wenn Sie sagen, wir hätten jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt?

Ich jedenfalls habe das nämlich ganz sicher nicht getan. Ich gebe nur das Geld aus, das ich habe. Ich zahle Steuern, bin gesetzlich krankenversichert und Sorge privat für das Alter vor. Ich habe mich durch Ihre Abwrackprämie nicht dazu verleiten lassen, einen überflüssigen Neuwagen zu kaufen, ich bin kein Hotelier und kein Milchbauer. Und "Freibier für alle" habe ich auch noch nie verlangt.

### Wer war wirklich maßlos?

Meinen Sie vielleicht die Arbeitslosen und Hartz IV-Bezieher, bei denen jetzt gekürzt werden soll? Meinen Sie die Zeit- und Leiharbeiter,

die nicht wissen, wie lange sie ihren Job noch haben? Oder meinen Sie die Normalverdiener, denen immer weniger netto vom brutto übrig bleibt? Haben die etwa alle "über ihre Verhältnisse" gelebt?

Nein, maßlos waren und sind ganz andere: Zum Beispiel die Banken, die erst mit hochriskanten Geschäften Kasse machen, dann Milliarden in den Sand setzen, sich vom Steuerzahler retten lassen und nun einfach weiterzocken als ob nichts gewesen wäre.

### Mehr Beispiele gefällig?

Zum Beispiel ein beleidigter Bundespräsident, der es sich leisten kann Knall auf Fall seinen Posten einfach hinzuwerfen - sein Gehalt läuft ja bis zum Lebensende weiter, Dienstwagen, Büro und Sekretärin inklusive.

Zum Beispiel die Politik, die unfassbare Schuldenberge aufhäuft und dann in Sonntagsreden über "Generationengerechtigkeit" schwadroniert. Die von millionenteuren Stadtschlössern träumt und zulässt, dass es in Schulen und Kindergärten reinregnet. Die in guten Zeiten Geld verpulvert und in der Krise dann den Gürtel plötzlich enger schnallen will, aber immer nur bei den anderen und nie bei sich selbst.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, nicht die Menschen, sondern der Staat hat dank Ihrer tätigen Mithilfe möglicherweise über seine Verhältnisse gelebt. Ganz sicher aber wird er unter seinen Möglichkeiten regiert.

Mit - verhältnismäßig - freundlichen Grüßen,  
Ihr Stephan Ueberbach

## Bouffier wird hessischer Ministerpräsident

### Roland Koch geht – Staatssekretär Rhein könnte Innenminister werden

Einen Schwund führender Politiker hat in diesem Jahr die CDU zu verkraften, wie man der Presse entnehmen konnte. Vor allem Ministerpräsidenten haben aufgegeben (Roland Koch, Ole von Beust), sind Bundespräsident geworden (Christian Wulff) oder wurden abgewählt (Althaus, Rüttgers).



**Ex-Innenminister und neuer Ministerpräsident Volker Bouffier. nw**



**Ex-Ministerpräsident Roland Koch. nw**

Für Hessen interessant ist, dass Ministerpräsident Roland Koch (ein konservativer Haudegen) Ende August sein Amt niedergelegt hat. Der Rechtsanwalt führte zwölf Jahre die CDU, war elf Jahre Ministerpräsident und drei Jahre Stellvertreter von Angela Merkel im CDU-Bundesvorstand. „Verehrt und verachtet“ schrieb einst ein Biograf über den Politprofi. Manche be-

trachten ihn als skrupellos, der sich auch bei den „schwarzen Kassen“ der Hessen-CDU als „brutalst möglicher Aufklärer“ (gelogen hat er da auch) einen Namen machte, nicht immer zur Zufriedenheit von Politik und Bevölkerung, die ihm dennoch sogar eine absolute Mehrheit bescherte. Für den Erhalt der Macht sei ihm jedes Mittel Recht, meinten Oppositionspolitiker.



**Staatssekretär Boris Rhein, vielleicht neuer Innenminister. nw**

Koch sah sich als Manager des Landes Hessen, legte sich aber mit zu vielen Abteilungen an, etwa den Schulen, den Studenten, dem öffentlichen Dienst und dem Bereich Soziales. Das kostete ihn 2008 die absolute Mehrheit. Er musste mit der FDP koalieren. Nach seiner Rücktrittserklärung schuf er wieder vollendete Tatsachen.

Er ließ seinen „Kronprinzen“, Innenminister Volker Bouffier, zum CDU-Landesvorsitzenden wählen und auch zum Ministerpräsidenten künden. Das zeigt einmal mehr, dass Roland Koch politisch mit allen Wassern gewaschen ist. In ihm sollte man sich nicht täuschen. Er ist überaus intelligent und es wird erwartet, dass er in die Industrie geht, wo er

mehr Geld verdienen kann als in der Politik.

Volker Bouffier, 59 Jahre alt, ebenso konservativ wie Koch, Rechtsanwalt, verheiratet, drei Kinder, hat auch schon einige Verfahren hinter sich. Seit 1978 gehört er dem Landesvorstand der CDU an, ist seit 2010 Vorsitzender. Er war von 1982 bis 87 und ist ab 1991 durchgehend Mitglied des Landtages gewesen. Seit 1999 ist er Minister des Innern und für Sport.

Wenn Volker Bouffier jetzt Ministerpräsident wird, muss er ein neues Kabinett bilden. Interessant für uns als Polizei ist die Frage, wer neuer Innenminister wird. Beste Chancen könnte Innenstaatssekretär Boris

Rhein (38 Jahre alt, verheiratet, ein Sohn) haben. Er ist, wie Koch, ein Bouffier, Rechtsanwalt und politisch groß geworden in der Jungen Union. Von 1999 bis 2006 war er Mitglied des Landtages, bis 2008 Dezernent in Frankfurt. Seit April 2008 ist er Vorsitzender des Frankfurter CDU-Kreisverbandes, 2009 wurde er von Volker Bouffier in das Amt des Staatssekretärs berufen. Hier hat er sich mittlerweile einen Namen gemacht, hat gezeigt, dass man mit ihm reden kann. Von daher dürfte er aus der Sicht der GdP keine schlechte Wahl sein. Mal sehen, wie es wird. Dieser Bericht wurde nämlich schon Ende Juli geschrieben und da waren die Würfel noch nicht gefallen. Norbert Weinbach

## Henning Möller – Fels im Hauptpersonalrat

### Ende einer Ära nach 30 Jahren im HPR, davon 22 Jahre als Vorsitzender

Wer kennt ihn nicht, den Mann, der Insidern als „HeMö“ bekannt ist und der schon 42 Jahre Polizeidienst auf dem breiten Buckel hat. Es ist Henning Möller, Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei beim Hessischen Minister des Innern und für Sport, 1,90 Meter groß und von stattlicher Figur, gegen die er immer wieder, oft vergeblich, angekämpft hat. Er war aber nie ein Kind von Traurigkeit. Er aß ganz gerne gut (bekannt als Verteilger großer Eisportionen) und verachtete auch ein ausgezeichnetes Schlückchen Wein nicht. Schließlich lebte er mit Ehefrau und zwei Kindern in einem Weindorf und zählte viele Winzer zu seinen Freunden. In den vergangenen beiden Jahren hat dieses Urgestein der Personalratsarbeit aber kräftig abgenommen. Mit seinem trockenen Humor hat sich der „Offenbacher Bub“ viele Freunde gemacht und mit seinem Fachwissen hat er sich die Achtung von Kolleg/innen und Ministerialbürokratie erworben.

#### Henning Möllers Amtszeit endet im September

Weil viele den „Polizeibeamten“ Henning Möller nicht kennen, wollen wir seinen polizeilichen Lebenslauf hier zum Abschied noch einmal vorstellen. Schließlich war er seit



**Henning Möller, seit 1980 im Hauptpersonalrat der Polizei, seit 32 Jahren Vorsitzender, beendet seine Amtszeit im September. NW**

1988 Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei. Dass er in diesem Amt Erfolge zu verzeichnen hatte, dazu hat er mit seinem guten Namen und seinem Arbeitseifer kräftig beigetragen. Jetzt, im September, endet seine Amtszeit im HPR.

HeMö begann seine polizeiliche Laufbahn 1968 und kam 1971, nach der I. Fachprüfung, zum Überfallkommando beim PP Offenbach. Er war von 1974 bis 1979 Mitglied des Personalrats, legte zwischen 1975 die II. Fachprüfung ab, arbeitete von 1976 bis 1978 als DGL bei der PSt Langen und von

1978 bis 1979 beim 2. Revier in Offenbach. Danach leitete er ein Jahr lang das Unfallkommando und wechselte 1980 als freigestelltes Mitglied in den Hauptpersonalrat, wo Adi Reimar Vorsitzender war. Ihn hat er 1988 sozusagen beerbt und sich einen Ruf erworben als neutraler und kompetenter Leiter dieses Gremiums. Natürlich war und ist Henning Möller aktiver Gewerkschafter und GdP-Mann. Wenn er aber im HPR agierte, war er neutraler Dritter, der das Wohl der Beschäftigten der gesamten Polizei im Auge hatte. Dafür setzte er sich unermüdlich ein. Diese Aufgabe ist nicht immer leicht gewesen. Wenn „der große Vorsitzende,“ wie ihn seine Freunde scherzhaft nennen, aber einmal ausspannen musste, dann zog sich der passionierte Angler auf einen Fjord in Norwegen zurück und hielt Zwiesprache mit den Lachsen.

#### Fachmann in Sachen Personalrecht

Henning Möller hat in seiner Amtszeit den Computer hoffähig gemacht, hat E-Mail und Internet für seine Arbeit genutzt, hat sich mit schwierigen Aufgaben vertraut gemacht, um der Ministerialbürokratie Paroli bieten zu können. Er war nicht immer mit allem einverstanden (z.B.

Einschränkung der Mitbestimmungsrechte, Abschaffung der polizeieigenen Tankstellen und Werkstätten, Übertragung der Immobilien auf eine eigene Gesellschaft, Digitalfunk) was vom HMdLuS gefordert wurde, hat fachmännisch gekontert und den Bürokraten manches Mal bewiesen, dass sie nicht unbedingt Recht haben. Er hat Personalratsschulungen durchgeführt und Rundschreiben für Personalräte und GdP-Mitglieder herausgege-



ben. Berühmt sind auch seine Einladungen zum Grillfest, wo es ausgezeichnete Steaks mit Pilzen in Sahnesoße und einen guten Tropfen Wein zum Trinken gegeben hat. Wenn Henning Möller jetzt die Brücke des Hauptpersonalrats verlässt, geht eine Persönlichkeit, die dieser Institution der Mitbestimmung einen Namen gegeben hat. Ich habe lange Jahre mit ihm zusammen arbeiten dürfen und es hat immer Spaß gemacht. NW

## Neue Besen kehren gut

### Heinz Schiskowsky ist neuer Tarifbeschäftigtenvertreter der GdP

Nachdem die hessische GdP im März ihren ordentlichen Landesdelegiertentag in Weilburg abgehalten hatte und die GdP Publikationen darüber bereits ausführlich informierten, möchte ich an dieser Stelle unseren Tarifbeschäftigtenvertreter der hessischen GdP einmal ausführlicher zu Wort kommen lassen.

Heinz Schiskowski ist 51 Jahre alt, verheiratet und ist Vater zweier Kinder. Neben seinem Beruf sucht er den Ausgleich in erster Linie beim Wandern und Fahrrad fahren.

Im Hessischen Landeskriminalamt ist Heinz kein unbekannter. Aber auch Vordienstzweiten stehen in seiner Vita. Seit 1985 ist Heinz Tarifbeschäftigter im öffentlichen Dienst. Vor seiner Zeit bei der hessischen Polizei war er von 1985 – 1995 Angestellter im Kreiswehersatzamt Wiesbaden. Bereits schon in dieser Zeit hat er sich für die Interessen der Beschäftigten eingesetzt und war bis zu seinem Ausscheiden auch ehrenamtlicher Personalratsvorsitzender. Mitte der 90 er Jahre führte ihn der Weg in das Landeskriminalamt Wiesbaden.

Dort schaffte er bald auch den Sprung in den Personalrat beim HLKA. Daneben war Heinz bis 28. Februar 2009 verantwortlich für die Stellenwirtschaft, das Organisationsmanagement und die Personalkostenplanung in SAP sowie Anwendungsbetreuer in diesem umfangreichen EDV-System. Sozusagen ein Fachmann mit entsprechendem Fachwissen!



Diese Tätigkeitsfelder, die er von der Pike auf gelernt hat, kommen ihm und dem Personalrat jetzt natürlich zu Gute. Als ehrenamtlicher Arbeitsrichter beim Arbeitsgericht Wiesbaden hat Heinz zudem langjährige Erfahrungen im Umgang mit dem Arbeitsrecht gesammelt. Fragt man „den neuen“ nach einschneidenden Erfahrungen nennt er spontan die im letzten Jahr verhandelten Tarifrunden mit dem hessischen Innenminister. Als Mitglied der Tarifkommission stellte Heinz schnell fest, dass eine sehr positiv zu bewertende Geschlossenheit innerhalb der Mitglieder der Tarifkommission vorherrschte.

Gleichwohl die Verhandlungen über die Nacht andauernden, waren alle Mitglieder mit dabei und haben dem Tarifergebnis entschlossen zugestimmt. Dieses Ereignis prägt!

Gleichermaßen interessant war auch, gemeinsam mit anderen Gewerkschaften, die teilweise eine andere Klientel vertreten, für die gleiche Sache mit der Arbeitgeberseite für unsere Mitglieder zu verhandeln.

Ein Tarifbeschäftigtenvertreter kann natürlich auch auf eine lange Zugehörigkeit zu einer DGB – Gewerkschaft zurückblicken – seit nunmehr seit 25 Jahren ist Heinz gewerkschaftlich organisiert. Die GdP zeichne im Besonderen aus, dass sie mit Kompetenz und Kollegialität die Interessen der Mitglieder vertrete. Dies sei in anderen Gewerkschaften / Berufsvertretungen nicht immer so! Viele Kolleginnen und Kollegen, ob ehren- oder hauptamtlich für die GdP tätig, haben ein Betreuungskonzept entwickelt, welches unvergleichbar ist. Heinz dazu wörtlich: „Ich habe meine gewerkschaftliche Heimat gefunden“.

Zielvorstellungen einzubringen und umzusetzen, zu entwickeln, sind die jetzt durchzusetzenden Punkte auf dem Arbeitszettel von Heinz. Die GdP fordere seit vielen Jahren ein Mehr an Tarifpersonal. Am Beispiel der Forderung des Landesrechnungshofes zu dieser Problematik – in Verbindung mit der Entlastung von Beamtinnen und Beamten durch tarifbeschäftigte - könne man eindeutig erkennen, dass dieses Problem nun auch von Dienststellen außerhalb der Polizei wahrgenommen werde.

„Es hat in den letzten Jahren, sei es durch die Personalvermittlungsstelle (PVS ) oder andere Personal-

einsparmaßnahmen, der Einführung komplexer EDV-Systeme, der Zuweisung von zusätzlichen Aufgaben, einem aufwändigeren Berichtswesen, oder der aktuellen Erlasslage zur Zählstellenproblematik, eine exorbitante Arbeitsverdichtung bei dem reduzierten (verbliebenen) Personal stattgefunden“, ärgert sich Heinz im Rückblick!

„Dies betrifft insbesondere den Fach- und Verwaltungsbereich. Studien und Statistiken von Krankenkassen und Berufsgenossenschaften haben eine rasante Zunahme psychischer Erkrankungen von Arbeitnehmern durch Arbeitsverdichtung in den vergangenen Jahren festgestellt. Was muss noch passieren, um politisches Gehör zu finden?“

Dabei verliert Heinz nicht aus den Augen, dass nur eine starke Beschäftigtenvertretung auch Durchschlagskraft besitzt.

Personalräte und Gewerkschaften müssen an einem Strang ziehen. Den Personalräten kommt dabei eine besondere Aufgabe zu. Das

Personalvertretungsgesetz verpflichtet den Personalrat mitzubestimmen insbesondere über Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsstörungen. Innerhalb und außerhalb der Polizei komme dem Begriff „Prävention“ in vielen Bereichen eine besondere Bedeutung zu. Nur im Zusammenhang mit Arbeitsverdichtung und der dadurch entstehenden Gesundheitsstörungen (und dies sind oftmals psychische Überlastungen) hat man dieses Wort von noch keinem der verantwortlichen Politikern gehört. Hartnäckig sein und bleiben sind die Maxime seines Wirkens, wir dürfen nicht Müde werden und immer wieder den Finger in die sprichwörtliche Wunde legen.

Heinz hat sich allerhand vorgenommen. Wie kam es eigentlich dazu, dass er die Nachfolge von Erika angetreten hat? Was waren die Beweggründe – wie wurde er darauf vorbereitet?

Wie bei der Nachfolgeregelung des Personalratsvorsitzenden seinerzeit, Ralf Humpf wurde einige Monate vor Gerd Rüppels Ruhe-

stand, auf Antrag des Personalrates, eine durch die Behördenleitung ausgesprochene befristete, zusätzliche Freistellung zur Einarbeitung gewährt, wurde diese Entscheidung ebenfalls bei ihm getroffen. Bis hin zu Erikas Verrentung wurde Heinz ebenfalls elf Monate zuvor zusätzlich für die Wahrnehmung personalrätlicher Aufgaben von seinen Tätigkeiten freigestellt. Dabei denkt Heinz auch an den verstorbenen Behördenleiter Peter Raisch, der die Personalratsarbeit immer zu schätzen wusste!

Im Anschluss daran mit Beschluss des Personalrates wurde er Tarifbeschäftigtenvertreter im HLKA. Persönlich kann er sich eine langfristige Tätigkeit als freigestelltes PR-Mitglied vorstellen. Dies werde aber durch den Wählerwillen bei den nächsten Personalratswahlen und dann natürlich das gewählte Personalratsgremium bestimmt.

Wir wünschen Heinz für seine Tätigkeiten viel Ausdauer und Kraft – den Rückhalt seines Personalrates und seiner Gewerkschaft hat er!

Jens Mohrherr

## „Steter Tropfen höhlt den Stein“

### Erfolg für GdP: Zulage für Tatortarbeit wird wieder bezahlt

Nachdem wieder einmal die GdP den Anstoß gab, auf die per Erlass vom 22. Juni 2010 angekündigte Streichung und Rückforderung des Kleidergeldes für KTA (15,83 Euro/Monat) tätig zu werden, ist Bewegung in das sommerliche Wiesbaden gekommen. LPP Norbert Nedela bedauerte in einem Schreiben diesen Umstand. Auch das LPP sei bemüht, die Wiederaufnahme der Zahlungen bis zur Schaffung einer Rechtsgrundlage zu erreichen.

Die tarifliche Mindestnorm, die der TV-H derzeit bietet, sollte die po-

litisch Verantwortlichen nicht daran hindern, eine Besserstellung der betroffenen Polizeibeschäftigten bereits jetzt zu veranlassen, um den Status quo (Rechtsstand BAT), wieder herzustellen. Mit Ausblick auf die ab September beginnenden Gespräche im Vorfeld der Tarifverhandlungen sowie dem Abschluss eines Tarifergebnisses ist erfahrungsgemäß nicht vor dem Jahr 2011 zu rechnen.

Die Tatortarbeit bleibt die Gleiche. Am Beispiel des größten Personalbewirtschafters wird deutlich,

dass die Streichung dieses Kleidergeldes für ein Jahr für die dort beschäftigten KTA ein Gesamtvolumen von ca. 1.520 Euro ausmacht!

Wer professionelle Polizeiarbeit bei gestiegenen Fallzahlen jährlich als Erfolg verkaufen möchte, darf die nicht vergessen, die für ein beweisgesichertes Verfahren sorgen.

Die Einwände der GdP hatten Erfolg. Das Kleidergeld wird weiter gezahlt. gdp

## Hausaufgaben im eigenen Land machen

### Keine nachhaltige und faire Beschaffung ohne Tariftreue in Hessen

Der DGB Hessen-Thüringen hat mit Verwunderung auf die Einschätzung des hessischen Finanzministeriums reagiert, das sich in einer Vorreiterrolle bei der Einführung

nachhaltiger und fairer Beschaffungsprinzipien sieht, so eine Presseerklärung des DGB.

Kai Eicker-Wolf, finanzpolitischer Referent des DGB: „Die Äußerun-

gen von Finanzminister Weimar grenzen an Realsatire. Natürlich ist es lobenswert, wenn das Land Hessen eine nachhaltige und faire Beschaffung anstrebt, und der Einkauf

von Produkten und Dienstleistungen künftig nach sozialen Kriterien erfolgen soll. Die hessische Landesregierung gibt sich aber der Lächerlichkeit preis, wenn sie auf der einen Seite solche Lippenbekenntnisse macht, sich aber auf der anderen Seite dagegen sperrt, in Hessen ein europarechtskonformes Tarifvertragsgesetz auf den Weg zu bringen. Wer sich zu Recht um die menschenwür-

dige Existenz und die Verringerung der Armut von Kleinbauern in Entwicklungsländern sorgt, sollte sich auch um Lohndumping und Armutslöhne im eigenen Bundesland kümmern“.

Auf Mindestlöhne nach Entsendegesetz könne problemlos Bezug genommen werden. Zahlreiche Bundesländer hätten ihre Vergabegesetze bereits reformiert oder brin-

gen gerade entsprechende Novelierungen auf den Weg. Es wäre zu begrüßen, wenn statt großer Sprüche zu klopfen endlich gehandelt würde. Die im hessischen Niedriglohnsektor Beschäftigten würden es sicher sehr begrüßen, wenn sich Weimar für sie stark machte.

GdP/NW

## 20 Jahre belastende Dienste sind genug

### Positionen der hessischen GdP zur Anhebung der Altersgrenze

Die GdP hat auf ihrem Landesdelegiertentages im März 2010 Beschlüsse zum Thema „Lebensarbeitszeit“ gefasst. Das ist ein Thema, das auf allen Ebenen heiß diskutiert wird, das die Politiker aber nicht so richtig angehen wollen. Wir als GdP favorisieren mit dem Beschluss unserer Delegierten eine Faktorisierung der Schichtarbeit als Anrechnungsgrundlage. Darüber hinaus wollen wir weder eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit, noch der Lebensarbeitszeit und wir wollen auch eine hundertprozentige Anerkennung von Bereitschaftszeiten, die auf der Dienststelle ver-

bracht werden. Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Absenkung der Wochenarbeitszeit. Dies wurde uns von Seiten der Politik immer in Aussicht gestellt.

#### Unsere Forderungen:

1. Keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamte/innen.
2. Nach spätestens 40 Dienstjahren ist Schluss. Wer als Polizeivollzugsbeamtin/ -beamter 40 Dienstjahre geleistet hat (unabhängig von der Tätigkeit), muss

mit der besonderen Altersgrenze von 60 Jahren in Ruhestand treten können.

3. Keine starre Stichtagsregelung (20 Jahre) für besonders belastende Dienste. Mit einer starren Regelung (20 Jahre) für die Kolleg/innen des Schichtdienstes und anderen besonders belastenden Diensten wird es zu unvertretbaren Härten in Grenzfällen kommen und es wird den gesundheitlichen Belastungen des Polizeidienstes keineswegs gerecht.

gdp/nw

## Über das Berufsbild eines Polizeibeamten

### Das alte Leitbild ist noch lange nicht vergessen

Als die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor 60 Jahren auf Bundesebene gegründet wurde, waren die Spuren des deutschen Unrechtsstaates bis 1945 noch stark in den Köpfen verhaftet. Gewerkschaftlich organisiert zu sein, war in den Jahren 1933 bis 1945 verboten. Nunmehr sollte es Möglichkeiten geben, die Interessen der Polizeibeschäftigten vertreten zu können. Einhergehend damit war und ist es Kernaufgabe der GdP, das Berufsbild der Polizeibeschäftigten auch mitzugestalten – damit auch zu prägen. Spricht man mit Gewerkschaftern, die seit über 50 Jahren organisiert sind, kann man viel über den damaligen Zeitgeist erfahren. Wer bereit ist, gewerkschaftliche Funktionen zu übernehmen, wartet geradezu auf Einwirkungen und Aufträge, die wiederum Auswirkungen auf seine

Arbeit und auf seinen Beruf haben. Ein Gewerkschafter trägt demnach wesentlich zur Formung des Berufsbildes bei. Mittlerweile befinden wir uns in einer absoluten Mediengesellschaft und es vergeht nahezu kein Tag, an dem in den Printmedien oder elektronischen Medien das Tun und Handeln der deutschen Polizei nicht im Fokus steht. Die Öffentlichkeit ist stets informiert und die Polizeibeschäftigten sind, ob sie es wollen oder nicht, präsenter denn je in den Augen der Bürger/innen. Diese Tatsache sollte für jeden einzelnen Polizeibeschäftigten auch Maxime seines Handelns sein – gleichgültig ob bei Tätigkeiten am Schreibtisch oder im Kontakt mit dem Bürger. Kleidung, Auftreten, Benehmen, wie Zuhören, Wortwahl und Tonfall, Gestalt und Haltung sind ernst zu nehmende Verhaltens-

weisen. Ungepflegt, unrasiert, gepearct und körperbemalt gefällt nicht jedem.

#### Leitbild der Polizei

Ein Leitbild wurde von Polizeibeschäftigten erstellt und soll von ihnen mit Leben erfüllt werden: „Das Leitbild soll der einzelnen Beamtin und dem einzelnen Beamten als Orientierung dienen und die Identifikation mit der Aufgabe fördern, den Schutz der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern als Zentrum des Handelns der Polizei zu begreifen.“ (Textauszug aus der Koalitionsvereinbarung für die 14. Wahlperiode des Hessischen Landtags zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, 1995–1999). Die Vorstellung vom Berufsbild der Polizei (ein Beruf, dessen Tätigkeit sich überwiegend vor den Augen der Öffentlichkeit ab-

spielt) wird in der Bevölkerung von Normabweichungen geprägt. Das Urteil über die Polizei wird damit unverhältnismäßig von den wenigen Fehlern beeinflusst, die bei der vielschichtigen Arbeit geschehen können. Hierzu bietet das Leitbild nach wie vor hervorragende Ansätze, um innerhalb und vor allen Dingen auch bei den Bürger/innen ein hohes Maß an Akzeptanz und Vertrauen zu schaffen. Unsere Arbeit ist Verantwortung. Wir sind ein unparteiischer Garant für Demokratie und Menschenrechte, Recht und Gesetz sind Grundlagen unseres Handelns. Objektivität und gesunder Menschenverstand sind für uns unverzichtbar. Wir hören zu und begegnen allen mit Höflichkeit und dem Respekt, den wir auch erwarten. Wir sind offen, verständnisvoll und tolerant. Wir verhalten uns vorbildlich. Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Als Partner für Sicherheit sind wir rund um die Uhr ansprechbar. Wir schaffen Vertrauen und Akzeptanz durch kompetentes Handeln. Wir achten auf unser Erscheinungsbild. Wir sind hilfsbereit, freundlich und korrekt. Wir erklären, was wir tun. Wir sind ein Team. Wir setzen uns klare Ziele und erreichen diese gemeinsam. Wir unterstützen und motivieren uns gegenseitig. Wir erkennen und respektieren die Wichtigkeit der Aufgaben aller. Wir sind neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen. Wir sind initiativ und übernehmen Verantwortung. Aus Fehlern lernen wir. Mit Offenheit und Ehrlichkeit schaffen wir Vertrauen. Wir sind ein Teil der Gesellschaft. Wir erkennen frühzeitig Entwicklungen und tragen Vorschläge an die Politik heran. Wir gehen auf die Medien zu und zeigen Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen unserer polizeilichen Arbeit auf. Mit anderen Behörden und Institutionen arbeiten wir unvoreingenommen und zielorientiert zusammen. Wir gehen vorurteilsfrei mit allen gesellschaftlichen Gruppen um. Wenn wir das Leitbild berücksichtigen, werden wir Vertrauen in der Bevölkerung gewinnen und immer wieder bestätigen. Wenn wir den zahlreichen Umfragen glauben dürfen, gelingt dies der Polizei. In Statistiken erhält sie immer wieder hervor-

gende Vertrauenswerte – weit bessere als beispielsweise Politiker oder Medien. Basis für dieses Vertrauen ist einerseits die hohe charakterliche Integrität der Polizist/innen und andererseits eine professionelle, disziplinierte unvoreingenommene und unbestechliche Arbeit, die im Einzelfall auch Menschlichkeit und Verständnis für den Betroffenen aufbringen und auch einmal ein Auge zudrücken kann.

### **Zufriedenheit durch gute Arbeitsbedingungen**

Prägend für das Selbstverständnis der Polizeibeschäftigten sind aber auch – und dies in zunehmenden Maße – die herrschenden Arbeitsbedingungen. Arbeitszeit und Zufriedenheit mit dem Einkommen, Klima in der Dienststelle, Beurteilung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis zu den Problemen der Pendler sind dabei zu berücksichtigen. Auch bei der hessischen Polizei ist nach wie vor der Personalbedarf im Rhein–Main-Gebiet höher als im übrigen Land. Da ist es nicht verwunderlich, dass allmorgendlich ganze „Einheiten in Uniform“ an den Bahnhöfen der hessischen Städte mit ICE Anschluss auszumachen sind. Die mangelhafte personelle Ausstattung, die zwar sukzessive durch Personalzuwächse gelindert wird (steter Tropfen höhlt den Stein) aber dennoch das tägliche dienstliche Leben und damit die Dienstplanung bestimmt, ist ein prägnanter Indikator der Berufszufriedenheit innerhalb der hessischen Polizei. „Es gibt keinen anderen Beruf, der nur annähernd mit so vielen erschwerenden Umständen konfrontiert wird. Nahezu bei jedem Dienst, zu jeder Tages- und Nachtzeit, an Wochen- wie Feiertagen, zu allen Jahreszeiten und auch bei katastrophalen Witterungsbedingungen muss der Polizist selbst unter schwersten örtlichen Bedingungen oft folgenschwere Entscheidungen treffen und Maßnahmen durchführen über die sich hinterher unter Umständen Richter mehrerer Instanzen jahrelang den Kopf zerbrechen und zu unterschiedlichen Urteilen kommen. Diese Tatsache wird viel zu wenig erkannt und anerkannt.“

### **Aufgaben von Personalrat und Gewerkschaft**

Personalrats- und Gewerkschaftsvertreter übernehmen mit einem Mandat die Pflicht, sich u.a. für die beruflichen und sozialen Belange ihrer Kolleg/innen einzusetzen. In Kenntnis des verbesserungsbedürftigen Berufsbildes ist es daher Ihre Aufgabe, sich Ursachen und Wirkungen schädigender (allerdings auch positiv wirkender) Einflüsse auf unser Berufsbild bewusst zu machen und Maßnahmen anzustreben, die Missstände beseitigen können“. Wir müssen als Personalrats- und Gewerkschaftsvertreter/innen den Mut haben, Schaden von den Polizeibeschäftigten abzuwenden. Dies gilt dann, wenn es darum geht, dem Dienstherrn im Sinne der Beschäftigten die Stirn zu bieten. Als Beispiel dazu ein Fall aus der jüngsten Praxis. Ein Falschparker, der in unmittelbarer Nähe vor einer Gastwirtschaft verkehrsbehindert parkt, ruft eine Streife auf den Plan. Die Streifenbesatzung betritt die Gaststätte und fragt nach dem Fahrzeughalter. Dieser meldet sich zu Wort, in dem er pöbelnd, weil angegriffen, die Kollegen beleidigt. Maßnahmen zur Personalienfeststellung werden getroffen und der „Störer“ wird zur Dienststelle sistiert. In den darauf folgenden Tagen kommt Post von einem Rechtsanwalt. Von Freiheitsberaubung ist unter anderem zu lesen. Die Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren ein. Die Behörde nicht! Sie fängt an zu ermitteln. Folge: dienstliche Äußerungen und Vermerke werden von den Kollegen abverlangt. Sieht so die Fürsorge gegenüber den Beamtinnen und Beamten aus? Ein Schlag ins Gesicht derer, die mit rechtsstaatlichen Mitteln den Rechtsstaat beschützen.

Damit kein Zweifel aufkommt: Wenn aus den eigenen Reihen falsches Verhalten an den Tag gelegt wird, müssen wir ebenfalls mit allen Mitteln dagegen halten. Sonst verlieren wir als Personalrats- und Berufsvertretung unsere Berechtigung, im Sinne der Polizeibeschäftigten und für deren Wohl zu streiten und zu handeln.

Jens Mohrherr

## AUS DEN KREISGRUPPEN

# Von Heppenheim nach Bensheim-Zell

## Weinlagenwanderung der Kreisgruppe Bergstraße



Teilnehmer/innen der diesjährigen Frühjahrswanderung der Kreisgruppe Bergstraße. mh

Für Anfang Mai hatte die Kreisgruppe Bergstraße zu ihrer traditionellen Frühjahrswanderung eingeladen. Nach dem Treffen am „Schlachthof“ in Heppenheim zog die Gruppe von 38 interessierten Teilnehmer/innen los, um durch die Weinberge zwischen Heppenheim und Bensheim in Richtung Bensheim-Zell zu wandern. Nicht alle Wanderer waren Mitglieder der GdP.

Nach dem ersten steilen Anstieg die Rebhänge hinauf konnten die aktiven Polizist/innen, Pensionär/innen und Angehörigen leider die Aussicht in die Rheinebene nicht richtig genießen, da das Wetter für die Jahreszeit recht ungemütlich war. Die tief hängenden Wolken konnten den Regen anfangs nicht halten, die Stimmung war aber trotz des Nieselregens sehr gut. Später hat dann der Guss von oben nach-

gelassen, so dass die Polizist/innen die restliche Zeit ohne Regenschirme unterwegs sein konnten.



Hans Hofmann, vorne, kenntnisreicher Wanderführer. mh

### Reiseleiter Hans Hofmann

Hans Hofmann (ehrenamtlicher Stadtführer von Bensheim) fungierte einmal mehr als kenntnisreicher

Wanderführer. Er gab einige Informationen zu den unterschiedlichen Weinlagen und der Geschichte der Winzerhütten, die überall am Weg zu finden waren und früher den Winzern als Witterungsschutz dienten. Der Weg führte teilweise am Erlebnispfad „Wein und Stein“ entlang, wo die Beteiligten an mancher Stelle interessante Informationen rund um den Weinbau an der Bergstraße erhielten. Besonders interessante Wegpunkte hierbei waren die Webcam am Steinkopf und die „Steinflasche“ mit den in der Region und den Weinbergen vorkommenden Gesteinen.

### Bergsträsser Wein und Bretzeln

Bei einer Rast gab es für alle Bretzeln, Bergsträsser Wein oder alkoholfreie Getränke zur Stärkung nach dem anstrengenden Anstieg. Die Rast bot auch Gelegenheit zu einem ausführlichen Plausch untereinander. Nach der Pause ging es munter weiter durch die hügelige Landschaft in Richtung Zell, ein Weg von rund dreieinhalb Stunden bis zum Weingut Götzinger. Für die Wanderer war dort ein kalt-warmes Büffet vorbereitet, das der Kreisgruppenvorsitzende Michael Majewski eröffnete. Alle Mitglieder erhielten einen Verzehrbon. Jeder konnte sich hier nach seinem Geschmack aus allerlei leckeren, teils typisch hessischen Gerichten, etwas zusammenstellen, um den Hunger zu stillen. mh

## Zwischen Michel und Rotlichtszene

### Polizeipensionäre Bergstraße – zum 35. Jubiläum eine Reise nach Hamburg

Wenn eine Gruppe auf Reisen geht, deren langes Berufsleben im Dienste der staatlichen Ordnung stand, dann dürfen sich ihre Begleiter selbst auf der „sündigsten Meile der Welt“ sicher fühlen. Dass die Bergsträßer Polizeipensionäre für ihren dreitägigen Hamburg-Trip mitten auf der Reeperbahn Quartier

bezogen, erwies sich im Nachhinein nicht nur wegen des ausgezeichneten Hotelservices als Glücksfall. Hier pulsiert das Leben, hier können die Unterschiede zwischen glitzernder Halbwelt und nachdenklich stimmender Realität förmlich mit der Hand gegriffen werden. Hamburg unverfälscht.

Etwas enttäuscht dürften nur jene der 44 Reisetilnehmer gewesen sein, die mit der romantisch verklärten Vorstellung in den Bus gestiegen waren, auf der Reeperbahn typische Seemannskneipen anzutreffen. Die Zeiten, in denen dort der legendäre Hans Albers zum Akkordeon die Weltmeere besang, sind schon län-



**Hamburg unverfälscht: Anlässlich ihres 35. Jubiläums starteten die Bergsträßer Polizeipensionäre zu einer Dreitagefahrt in die Hansestadt. Quartier bezog die von Wilfried Seibel (2. v. l.) geleitete Gruppe mittig auf der Reeperbahn. Zum Programm zählte auch eine Hafenrundfahrt, zu der von den Landungsbrücken aus gestartet wurde. ws**

ger passee. Das Bild bestimmen ausschließlich Sexshops, Bordelle und Showbühnen mit schlüpfrigen Angeboten. Kurzum: „Auf der Reeperbahn nachts um halb eins“ dominiert allein die Rotlichtszene, inklusive jener Damen, die offenbar so arm sind, dass ihnen das Geld für die Oberbekleidung fehlt. Richtige Arme konnten freilich auch gesichtet werden: Menschen, die in Mülltonnen nach Essbarem wühlten, und in der sprichwörtlichen Gosse gelandete Jugendliche, denen auf Streife geschickte Ordnungshüter der Davidwache – so war zu beobachten – mehrmals täglich die „rote Karte“ zeigten.

Deutschlands bekanntestes Polizeirevier lag ebenso in Schrittnähe zur Unterkunft der Bergsträßer Gruppe wie das Schmidt-Theater, die Große Freiheit Nr. 7 und der Starclub, in dem die Beatles einst ihre Weltkarriere starteten. Zu einem Publikumsmagneten entwickelt hat sich das ebenfalls auf der Reeperbahn beheimatete Musicaltheater, in dem momentan das nach Liedern von Udo Jürgens inszenierte „Ich war noch niemals in New York“ auf dem Plan steht. Der Besuch des mehrfach von Szenenapplaus begleiteten Stückes gehörte fraglos zu den Höhepunkten des dreitägigen Aufenthaltes.

Wilfried Seibel, der Präsident der Polizeipensionäre, hatte bei der Vorbereitung nichts dem Zufall überlassen und ein Programm ausgearbeitet, das allen Interessen gerecht wurde. Für die Stadtrundfahrt hatte

er einen ortskundigen Kollegen der Internationalen Police Association (IPA) gewinnen können. Größer hätte der Kontrast nicht sein können: Hier Promivillen im feinen Bezirk Außenalster, das markante Rathaus und Hamburgs Wahrzeichen, die umgangssprachlich als „Michel“ bezeichnete Kirche Sankt Michael; dort das Milieu der Herbertstraße, in der im Schaufenster sitzende Prostituierte ihre Dienste anbieten: Hamburg live mit allen seinen Facetten.

Ein Aufenthalt in der Hansestadt wäre indessen unvollkommen ohne Hafenrundfahrt. Bestiegen wurde die Barkasse an den bekannten Landungsbrücken, von wo aus sie zu einer gut zweistündigen Reise über die Wellen schipperte. Starren Eindruck hinterließen dabei über

300 Meter lange Containerschiffe sowie die 120 Jahre alten, von neogotischen Türmchen, Giebeln und Ornamenten geprägten Gebäude der Speicherstadt.

Und passiert wurde natürlich auch die im Entstehen begriffene Elbphilharmonie, die ob ihrer kühnen Architektur einerseits Bewunderung, andererseits aber auch Kopfschütteln hervorrief, weil der mit 150 Millionen Euro veranschlagte Kostenrahmen inzwischen weit überschritten worden ist. Das Prestigeobjekt wird ein riesiges Loch in Hamburgs Stadtsäckel reißen. Realistische Schätzungen gehen von einer Summe aus, die nahe der 500-Millionen-Euro-Grenze liegt. Ein Problem des gerade erst zurückgetretenen Ole von Beust wird das allerdings nicht mehr sein.

Drei Tage Hamburg, drei Tage Erlebnis pur. Mit einem weiteren „Zuckerle“ überraschte die Reiseleitung auf der Rückfahrt, als der Bus die Autobahn verließ und den über Kassel thronenden Herkules ansteuerte – eine gelungene Überraschung, mit der die Fahrt zum 35. Jubiläum der Bergsträßer Polizeipensionäre nochmals einen Höhepunkt fand. Wilfried und Christine Seibel durften sich über lange anhaltenden Applaus freuen, als ihnen übers Bordmikrofon für die exzellente Organisation gedankt wurde. fk



**Das zweitgrößte Containerschiff der Welt, beladen so groß wie ein Wohnblock, gehörte zu den Attraktionen der Rundfahrt im Hamburger Hafen. ws**

# Wilfried Seibel und zwei Bürgermeister kochten

## „Bohnesupp-Essen“ für den querschnittsgelähmten Matthias Degenhardt



**Hobbyköche für einen guten Zweck, v.l., Ulrich Obermayr, Wilfried Seibel, Gerhard Herbert, Heidi Helfrich, Christine Seibel, Hanne Vettel. ws**

Einen Namen gemacht hat sich inzwischen der Präsident der Bergsträßer Polizei-Pensionärsvereinigung, Wilfried Seibel aus Heppenheim. Der pensionierte Polizist und Hobbykoch, aktiv in der Gewerkschaft der Polizei und bei den Senioren des DGB, organisierte inzwischen zum fünften Mal ein „Original Heppheimer Bohnesupp-Essen“ auf dem Weinmarkt der Kreisstadt. In diesem Jahr wurde er dabei unterstützt von dem früheren Heppheimer Bürgermeister Ulrich Obermayr und dessen Amtsnachfolger Gerhard Herbert. Beide Herren repräsentierten den von Hannelore Kunz gegründeten Verein „Nachbar in Not“.

### Benefizessen

Wilfried Seibel lobte seine beiden Mit-Köche und auch das Hilfspersonal, Heidi Helfrich, Hanne Vettel und Ehefrau Christine. Sein Dank

galt aber auch den Sponsoren des Benefizessens, der Bäckerei Löffler, der Metzgerei Römer, der Familie Rader, dem Imbiss Ristock und der Weinlaube „Bawett“ (dort wurde gekocht) und einer unbekanntem Spenderin. Aufgrund der Zusprache der Weinmarktsgäste, denen dieses Heppheimer Gericht besonders gut schmeckte, kamen so etwas mehr als 1500 Euro zusammen. „Die ganze Arbeit wäre umsonst gewesen, wenn die Leute zuhause geblieben wären“, freute sich Seibel.

### Nach Fahrradunfall querschnittsgelähmt

Der Erlös aus bisherige Benefizessen war der Kinderkrebstation Heidelberg und für Hilfsprojekte in Kenia und Südafrika verwendet worden. In diesem Jahr ging die Gesamtsumme an den jungen Matthias Degenhardt aus dem Heppheimer Ortsteil Kirschhausen. Der

war vor einem Jahr bei einem Fahrradunfall in Ungarn so unglücklich gestürzt, dass er querschnittsgelähmt und auf einen Rollstuhl angewiesen ist. Er gilt als echter „Nachbar in Not“. Betreut wird er im Kreise seiner Familie, wo der junge Mann inzwischen wieder neuen Lebensmut gefasst hat, wie Wilfried Seibel und Ulrich Obermayr bei der Geldübergabe feststellen konnten. Mehr jedoch über das Geld freute sich die Familie, dass eine große Öffentlich-



**Dem querschnittsgelähmten Matthias Degenhardt, vorne, überreichten Ulrich Obermayr, links, und Wilfried Seibel über 1500 Euro, der Erlös vom „Bohnesupp-Essen“. ws**

keit Anteil nähme am Schicksal des jungen Mannes. Der seelische Beistand sei höher zu bewerten als das Geld alleine. Obermayr und Seibel gewannen den Eindruck, dass Matthias Degenhardt eine starke Persönlichkeit sei, die sich eine Zukunft unter erschwerten Bedingungen aufbauen werde. nw

## 1000 Euro für „Darmstädter Tafel“

### DGB-Senioren kochten für einen guten Zweck

Es ist nicht das erste Mal, dass Wilfried Seibel, Präsident der Bergsträßer Pensionärsvereinigung, GdP-Mitglied und Mitglied des Vorstandes der südhessischen DGB-Senioren für einen guten Zweck Erbsensuppe gekocht hat. Zur Mai-kundgebung des DGB Darmstadt

kochte er in der Universitätsstadt auf dem Marktplatz Erbseneintopf mit und ohne Wurst. Die Bäckerei Bornmuth hatte frisches Brot zur Suppe gespendet. Den Erlös dieses Benefizessens stiftete der Seniorenarbeitskreis (mit der Vorsitzenden Ursula Schwarz) der „Darmstädter Tafel“,

die in diesem Jahr ihr 15jähriges Bestehen feiert und die sich mit ihrem Essensangebot an die immer größer werdende Zahl bedürftiger Menschen wendet. Ursula Schwarz und Wilfried Seibel freuten sich über die große Resonanz und wünschten den Essern der Hausmannskost



„Guten Appetit“. Zusammen mit den Spenden verschiedener DGB-Gewerkschaften, darunter auch der Bezirksgruppe Südhessen der Gewerkschaft der Polizei, kamen so 1150 Euro zusammen. Symbolisch wurde dazu der „Kindertafel“ in Darmstadt-Eberstadt ein Scheck über 150 und der Vorsitzenden der „Darmstädter Tafel“, Doris Kappler, ein Scheck über 1000 Euro überreicht. nw

**Für das Wohlbefinden einer Frau sind bewundernde Männerblicke wichtiger als Kalorien und Medikamente.**

Francoise Sagan

**Scheckübergabe: 1000 Euro erhielt Doris Kappler, Vorsitzende der „Darmstädter Tafel“, v.l., von den DGB-Senioren Ursula Schwarz und Wilfried Seibel. ws**

## 35jähriges Jubiläum der Bergsträßer Pensionäre

### Herbsttreffen am 19. Oktober in Heppenheim-Erbach

Seit 35 Jahren besteht die Pensionärsvereinigung der Polizei des Kreises Bergstraße. Dazu gehören aber auch die Rentner/innen.

Gefeiert wird das Jubiläum am 19. Oktober ab 11 Uhr im

**Gasthof „Jäger“ in Heppenheim-Erbach, Ortsstraße 31, Telefon 06252-2124.**

Pensionärspräsident Wilfried Seibel lädt alle Ruhestandsbeamt/innen und Rentner/innen zu diesem gemütlichen Beisammensein ein. Auch Gäste und Freunde sind herzlich willkommen.

#### Weitere Termine:

19. Oktober, 15 Uhr, Kegeln: Walter-Heil-Gedächtnisturnier gegen AH 72

2. Dezember, 14.30 Uhr: Nikolauskegeln

## Ingo Meisel geht zur PSt Heusenstamm

### PSt. Mörfelden-Walldorf verliert Vertrauensmann der GdP

Auf eigenem Wunsch wechselte Ingo Meisel im August von der PSt Mörfelden-Walldorf zur PSt Heusenstamm (PPSOH). Seine Motivation zum Dienststellenwechsel ist sein Wohnort. Ingo ist überzeugter Werder Bremen Fan, Mitglied der GdP, Vertrauensmann und Mitglied des KG-Vorstands Groß-Gerau. Er war er stets ein gern gesehener Kollege. Seine lustige, erfrischende und sehr freundliche Art haben wir zu schätzen gewusst.

Über drei Jahre hat Ingo sich als GdP-Vertrauensmann um die Belange der Kolleg/innen vor Ort ge-



**Abschied von Freunden, v.l. Nicole Wnuk, Marius Hilge, Martin Kurz, Ingo Meisel, Antonio Pedron, Michael Dries, alle sind Mitglieder der GdP. ap**

kümmert. Wir danken ihm für sein Engagement und wünschen ihm, dass er auf seiner neuen Dienststelle so empfangen wird, wie er von Mör-

felden-Walldorf verabschiedet wurde. Dort hatten alle gehofft, dass er bis Ende Juli sein Versetzungsgesuch zurücknimmt. Zur großen

Freude des KG-Vorsitzenden übernimmt Martin Kurz die Aufgabe der Vertrauensperson für die Pst Mörfelden-Walldorf. AP

## Jahreshauptversammlung Kreisgruppe Groß-Gerau

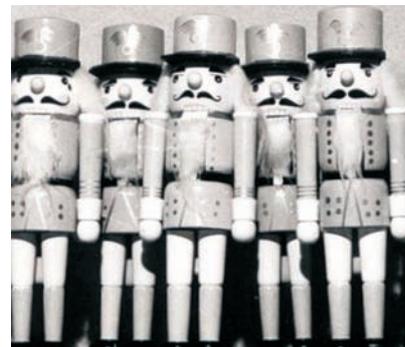
Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller als Gastredner

Termin: Freitag, 22.10.2010, 16:30 Uhr  
Ort: Restaurant „Zur Krone“,  
Bismarckplatz 7, 65428 Rüsselsheim-Königstädten

### Skat-Turnier

Termin: Freitag, 5.11.2010, 19:30 Uhr  
Ort: Restaurant „Zur Krone“  
Bismarckplatz 7, 65428 Rüsselsheim-Königstädten

Teilnehmen dürfen alle Mitglieder, deren Angehörige und alle Polizeibeschäftigte des PP SH. Eine Startgebühr wird erhoben. Näheres wird mit der Ausschreibung bekannt gegeben. Für beide Veranstaltungen bitten wir um Anmeldung an: antonio.pedron@polizei.hessen.de oder per Telefon 0157- 716 717 88. ap



### Rätsel

Zwei Abgeordnete einer Partei unterhalten sich. „Wenn nun noch ein Abgeordneter unserer Partei zu den anderen überwechselt, schrumpft unsere sowieso knappe Mehrheit von drei auf klägliche zwei Abgeordnete!“ „Noch schlimmer“ meint der andere. „Wenn dann bei einer Abstimmung auch nur ein einziger von unseren Abgeordneten krank ist, haben wir überhaupt keine Mehrheit mehr!“ Wer von den beiden hat Recht?

### Lösung:

Der Zweite, denn wenn von einer Partei ein Abgeordneter zur anderen überwechselt, hat die erste Partei einen Abgeordneten weniger und die zweite Partei einen Abgeordneten mehr. Wenn vorher eine Mehrheit von drei Stimmen bestanden hatte, dann schrumpft diese jetzt auf eine Stimme zusammen, denn die erste Partei hat eine Stimme verloren, die zweite eine hinzugewonnen. hr

### Neues Vorstandsmitglied

Anfang Juli wurde in Rüsselsheim Marius Hilge (unser Bild) zum stellvertretenden Kassierer der KG Groß-Gerau gewählt. Er ist 29 Jahre alt, Mitglied der FDP und Funktionsträger der Jung-Liberalen im Kreisvorstand Groß-Gerau. Seit 2004 arbeitet er im Wechselschichtdienst der Pst Mörfelden-Walldorf. Im August 2010 wurde Marius Hilge zur Pst Kelsterbach abgeordnet, um den neuen Kolleg/innen aus der HBP die Einzeldiensttätigkeit näher zu bringen. Für sein neues Amt wünschen wir ihm viel Erfolg und eine sparsame Hand. ap



## Sie geht fort und „kehrt“ nie wieder

### Luise Pobuda - beliebte Reinemachefrau der PSt Höchst würdig verabschiedet

Es gibt nur wenige Menschen, die allseits beliebt sind und die man vermisst, wenn sie aus irgendeinem Grunde nicht mehr da sind. Dazu gehört(e) auch die „Putzfrau“ Luise Pobuda. Nicht umsonst stand in der Einladung zu ihrer Abschiedsfeier „Sie geht fort und „kehrt“ nie wieder“. Ein doppeldeutiges Wortspiel,

das aber auch die Verehrung für Luise Pobuda ausdrückte.

Am 7. Mai war der Tag des Abschiedes gekommen. „Unsere“ Luise Pobuda wechselte nach 40 Arbeitsjahren von der Pst. Höchst in den verdienten Ruhestand. Sie hatte eingeladen und fast alle waren ge-

kommen. Aktive Kollegen, Pensionäre, Angestellte, Arbeiter. Ein Kollege meinte mit leicht neidvollem Unterton: „Man glaubt, da wird der Polizeipräsident verabschiedet“. „Wir wollen doch mal die Kirche im Dorf lassen“, so das bekannte Zitat eines Altbundeskanzlers. Ein Polizeipräsident ist zwar



**GdP-Kreisgruppenvorsitzender Thomas Walther bedankte sich bei Luise Pobuda für ihre langjährige Treue und ihr freundliches Wesen mit einem kleinen Geschenk. tw**

wichtig, kann aber doch unbestritten keine Luise ersetzen.

Schließlich ging da nicht irgendwer in den Ruhestand. Sie war nicht nur unsere Putzfrau, Reinemachefrau oder Raumkosmetikerin, um hier die Begrifflichkeiten zu strapazieren. Von den meisten Kollegen wurde sie hochachtungsvoll Frau Pobuda genannt. Einige Privilegierte durften sie auch einfach Luise nennen. Sie war natürlich in erster Linie für die Sauberkeit der Station mitverantwortlich. Aber auch mit Rat und Tat stand sie uns bei kleinen oder großen Problemen zur Seite. Sie war stets kritisch, offen, ehrlich und vor allem – verschwiegen. Trotz

bestem Informationsstand, war ein Geheimnis bei Luise gut aufgehoben. Aber ihr Engagement ging weit darüber hinaus. Auch um unser leibliches Wohl kümmerte sie sich. Ich erwähne da nur das Wort Käsesahne!!! Was werden wir Luise und ihr dezentes Lachen vermissen. Es wird nicht mehr markerschütternd durch die Räume im Erdgeschoss schallen. Außer – sie kommt uns besuchen. Daher an dieser Stelle die Aufforderung: Liebe Luise, komm uns oft in Höchst besuchen (mit oder ohne Käsesahne)!

Die Neurentnerin wird diesen Beitrag sicher lesen, denn sie ist langjähriges GdP-Mitglied. Diese Gelegenheit lasse ich nicht ungenutzt verstreichen, um dem einen oder anderen Kollegen den Spiegel vorzuhalten. Wenn sich unsere Luise den Mitgliedsbeitrag leistet, dann weiß sie warum. Da kann sich die unorganisierte Beamtenschaft eine Scheibe von abschneiden.

Alles Gute im Ruhestand, liebe Luise, Thomas Walther



**Vollbesetzt war der Saal bei der PSt Höchst, wo Stationsleiter Sauer (stehend) die langjährige Reinemachefrau Luise Pobuda verabschiedete. tw**

## Solidarität der Polizei ist gefragt

### Gut besuchte Jahreshauptversammlung der KG Odenwald

Die Kreisgruppe Odenwald der Gewerkschaft der Polizei (GdP) habe im vergangenen Jahr einen leichten Rückgang der Mitgliederzahlen (von 80 auf 77) verkraften müssen, wie Vorsitzender Thomas Walther bei der gut besuchten Jahreshauptversammlung in Stockheim berichtete. Generell seien in Südhessen weniger Polizeibeamt/innen in der Gewerkschaft organisiert als in Nordhessen. „Vielleicht sind die Nordhessen einfach kämpferischer als die Südhessen“, so seine Aussage dazu. Die Mitglieder forderte er auf, unorganisierte Kolleg/innen zu einem Beitritt in die GdP zu bewegen. Mitgliederwerbung könne nicht allein vom Vorstand geleistet werden. Alle sollten sich immer wieder vor Augen halten, dass es vor allem um Solidarität gehe. Dieses Thema werde in den nächsten Jahren angesichts leerer Haushaltskas-

sen noch sehr stark gefragt sein, vermutete Walther. Man habe in der Vergangenheit oft genug erlebt, wo am schnellsten und leichtesten gespart werden könne, nämlich bei den Staatsdienern. Nur eine starke Gemeinschaft könne etwas bewirken und die Politik registriere sehr genau die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften.

#### Seminare und Spendenaktion

Wie Walther berichtete, wurde im vergangenen Jahr wieder ein breites Spektrum an Seminaren angeboten. Das Interesse sei steigend. Besonders gefragt seien die Rhetorik-Seminare. Zu erwähnen sei die alljährliche Malbuchaktion, die es auch in diesem Jahr gebe und die eine wichtige Einnahmequelle der Kreisgruppe darstelle. Viel versprechend angelaufen sei die Spendenaktion der KG für einen schwer er-

krankten Kollegen, dessen Fahrzeug behindertengerecht umgebaut werden sollte und die in diesem Jahr fortgesetzt werde. Im Herbst solle eine Weinlagenwanderung zusammen mit der Kreisgruppe Bergstraße durchgeführt werden. Beim „Tag der offenen Tür“ der Polizeidirektion Erbach am 18. September werde die GdP mit einem eigenen Stand vertreten sein. Betroffen gemacht habe der Tod des langjährigen Bezirksgruppenvorsitzenden Rolf Büttner. Die Kreisgruppe werde den bereits ins Auge gefassten Nachfolgekandidaten voll unterstützen.

#### 40 Jahre Polizeidienst sind genug

Zu der vom Land beabsichtigten Dienstrechtsreform werde die GdP ihre Vorschläge einbringen. Der Landesverbandsvorsitzende Jörg

Bruchmüller habe bei der letzten landesweiten Tagung einige Grunddaten zur Lebensarbeitszeit dazu vorgestellt. Grundforderung der GdP: Nach 40 Jahren Polizeidienst müsse mit 60 Schluss sein. Gut vertreten sei die KG Odenwald im Bezirksgruppenvorstand mit Ralf Levita für die Kripo, Susanne Lorz für die Frauengruppe, Herbert Herzog und Volker Fischer im Kontroll-

ausschuss und ihm selbst als KG-Vorsitzendem.

Nachdem Rechner Volker Fischer von erfreulichen Zahlen berichtet hatte, wurde der Vorstand auf Antrag von Kassenprüfer Markus Kredel entlastet.

Ausführlich beleuchtete der Vorsitzende des Personalrats des Poli-

zeipräsidiums Südhessen, Michael Schweikert, in seinem Referat die Beförderungsmöglichkeiten und die personelle Situation bei der Polizei in Hessen und ging kritisch auf die jüngsten Einstellungspraktiken des Hessischen Innenministers ein. Wie die lebhaft ausgesprochene Meinung zeigte, steht dieses Thema auch bei der Polizei des Odenwaldkreises derzeit im Fokus. (Waßner)

## Kreisgruppe Odenwald sagt vielen Dank!!!

### Spendenaktion brachte knapp 5000 Euro für Markus Horlebein

Es gibt sie also noch, die viel gerühmte Solidarität. Dies kann man anhand der Spendenbereitschaft nach unserem Aufruf getrost konstatieren.

Die im Polizei-Report initiierte Spendenaktion (Fahrzeugumbau für den an MS erkrankten Kollegen Markus Horlebein) war ein großer finanzieller Erfolg. Aber darüber hinaus war sie auch ein Zeichen für besondere Hilfsbereitschaft. Viele Kolleg/innen haben sich mit kleineren aber auch größeren Geldbeträgen an der Aktion beteiligt.

Sehr erfreulich auch die Hilfsbereitschaft derer, die nicht im unmittelbaren Umfeld von Markus stehen. Das alles hätte der Vorstand der KG Odenwald so nicht erwartet. Nochmals vielen Dank!



**Markus Horlebein T.W.**

Zusammen mit den Spenden vom Polizeisozialwerk, der Uwe-Seeler-Stiftung und allen anderen Personen/Institutionen ist somit der

behindertengerechte Pkw-Umbau weitestgehend gesichert. Den Eigenanteil kann die Familie Horlebein selbst aufbringen. Bedauerlicherweise haben sich Krankenkasse, Beihilfe und Wohlfahrtsverbände jeglicher Beteiligung entzogen.

Auf diesem Wege möchten sich auch Markus Horlebein und Ehefrau Edith bei allen Spendern bedanken. Vielen Dank für die finanzielle und moralische Unterstützung. Nach erfolgreichem Fahrzeugumbau wird hier selbstverständlich ein Foto nachgereicht. Vor der offiziellen Spendenübergabe erreichte uns leider Ende Juli die Nachricht, dass Markus in lebensbedrohlichem Zustand in eine Frankfurter Klinik eingeliefert werden musste. Wir hoffen und beten, dass er auch diese schwere Krise übersteht. T.W.

## Gewerkschafterin mit Leib und Seele

### Uschi Hess ging in die Freistellungsphase der Altersteilzeit

„Bergsträßer Mädchen“ nannte Polizeipräsident Gosbert Dölger die vor 60 Jahren in Bensheim geborene und heute in Heppenheim lebende Uschi Hess. Sie ist verheiratet, hat einen Sohn und hat den Beruf einer Rechtsanwalts- und Notariatsgehilfin erlernt. 1979 wurde sie bei der Polizei in Heppenheim als Datentypistin eingestellt, so der kurze Lebenslauf, den Gosbert Dölger skizzierte, als er Uschi Hess eine Urkunde überreichte zum Eintritt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Es war die erste Urkunde dieser Art.

1991 wurde Uschi Hess in den Heppenheimer Personalrat gewählt, 1992 wurde sie dessen Vor-



**Im Namen des Personalrats und der Gewerkschaft der Polizei bedankte sich Michael Schweikert bei Uschi Hess für ihr gezeigtes soziales Engagement. nw**

sitzende und 1994 gab sie dieses Mandat zurück, als sie Frauenbeauftragte des PD Heppenheim wurde. 1995 wurde sie als stellvertretende und 2000 zur „Besonderen Frauenbeauftragten“ für die Polizei im Bereich des RP Darmstadt ernannt. 2001 wechselte sie zum PP Südhessen, wo sie die Aufgabe als stellvertretende Frauenbeauftragte und der Personalberatungsstelle übernahm. Nebenbei wirkte sie auch noch im Personalrat mit und in der Gewerkschaft der Polizei. Gosbert Dölger bezeichnete Uschi Hess als sehr aktive und sozial eingestellte Gewerkschafterin, mit der er gut zusammengearbeitet habe. Sie

habe nicht nur Einfühlungsvermögen für die Beschäftigten, sondern auch für die Behördenseite gezeigt. Es sei nicht immer leicht gewesen, alle Problemfälle zu lösen. Manche Fälle hätten auch den Betriebsfrieden gestört. Dank sagte Polizeivizepräsident Uwe Brunnengräber, der die „Frührentnerin“ schon in der Zeit in Heppenheim kennen gelernt hatte. Uschi Hess selbst meinte, dass sie die erste freigestellte Angestellte als Vorsitzende in einem Personalrat der Polizei gewesen sei. Norbert Weinbach habe sie seinerzeit davon überzeugt, diesen Schritt zu gehen. Michael Schweikert habe sie dazu gebracht, sich auch in der Gewerkschaftsarbeit bei der GdP zu engagieren. Dort ist sie heute nicht nur stellvertretende Bezirksgruppenvorsitzende, sie ist auch aktives Mitglied im südhessischen DGB-Kreis.



**Eine Urkunde zum Eintritt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit überreichte Polizeipräsident Gosbert Dölger der Frauenbeauftragten Uschi Hess. nw**

Lobend erwähnte der Personalratsvorsitzende und GdP-Vertreter Michael Schweikert das soziale Engagement von Uschi Hess, die ihre Arbeit zudem noch als Teilzeitbe-

schäftigte bewältigt habe. Dabei habe man ihr ein großes Päckchen Mehrarbeit aufgedrückt. Hochachtung müsse man ihr für ihre Arbeit als Personalberaterin zollen. Mit einem Dankeschön sei das alleine nicht getan. Es sei sicher nicht immer einfach gewesen, mit den Problemen nach Hause zu kommen. Sie habe aber in ihrem Ehemann einen sicheren Rückhalt gehabt. Als kleines Dankeschön überreichte er ihr ein Kuvert der Personalratsmitglieder sowie ein Weinpräsent und einen Polizeiteddy von der GdP. Uschi Hess hatte im Anschluss an die Feierstunde ihre engsten Mitarbeiter/innen und Freunde zu einer kleinen Abschiedsparty eingeladen. Hobbykoch Wilfried Seibel hatte dazu ein reichhaltiges Büfett hergerichtet und ein Glas Sekt durfte zur Begrüßung ebenfalls nicht fehlen.

nw

## GdP kümmert sich um Wachpolizei

### Höhergruppierungen bei der Wachpolizei des PP Südhessen

Nachdem bereits Ende des Jahres 2009 acht Kolleg/innen der Wachpolizei des PP Südhessen von der Vergütungsgruppe 6b in die Vergütungsgruppe 5c höher gruppiert wurden, konnten zum 1. Juli 2010 nochmals zehn Kolleg/innen von der Entgeltgruppe 6 in die Entgeltgruppe 8 höher gruppiert werden. Unser Bild zeigt die betroffenen Kolleg/innen A. Luft, E. Göttmann, J. Nicolai, M. Kunz, L. Rauch, S. Neugeborn, T. Grein und T. Berg. Nicht dabei sind V. Maxheimer-Rettig und R. Emig. Beide konnten wegen der Einhaltung der Widerspruchsfristen erst später ihre Urkunden in Empfang nehmen. Mit diesen Höhergruppierungen hat die GdP einmal mehr gezeigt, dass sie sich nicht nur um Polizeibeamt/innen, sondern auch um die Belange der Wachpolizei kümmert, getreu dem Motto: „Eine/r für alle, alle für eine/n“.

KE/DVS



**Erneute Höhergruppierungen bei der südhessischen Wachpolizei. KE**

## HSOG und Neuregelungen

### Dr. Wolfgang Pausch erläuterte gesetzliche Neuregelungen

Im Mai fand im Landgasthof Bechtel, in der schönen Schwalm, ein GdP-Seminar zum Thema HSOG statt.

Als fachkundiger Referent und Dozent war Herr Dr. Dr. Dr. PAUSCH zugegen und brachte den Teilnehmern (leider keine Teilnehmerin an-

wesend) der GdP den Stoff erfrischend verständlich und lehrreich näher. Seminarinhalte waren, insbesondere die Neuregelungen im

HSOG, die mit Wirkung 1.1.2010 in Kraft getreten sind. Auch der Hinweis, dass die Zuweisungsverordnung durch die Durchführungsverordnung (DVO-HSOG) ersetzt wurde, war insbesondere für die „Älteren“ im der Kreis der homogenen Gruppe, eine wichtige neue Erkenntnis. Weiterhin wurde insbesondere auf die unmittelbare Ausführung sowie die Ersatzvornahme eingegangen.

Weitere Themen waren die Videoüberwachung, die Erhebung personenbezogener Daten, die Rechtsgrundlage für das „KLB“, Ver-

dachtsunabhängige Kontrollen, die Problematik des Paragraphen bezüglich des automatischen Kennzeichenlesegeräts, der „Lauschangriff“ im Zusammenhang mit dem Einsatz technischer Mittel und auch die „Onlineüberwachung“ im präventiven Bereich, der Platzverweis und die Gewahrsamnahme sowie die Durchsuchungen von Sachen, Personen und Wohnungen mit den rechtlichen Bestimmungen. Ein anderer Schwerpunkt in der zweitägigen Fortbildungsveranstaltung war der unmittelbare Zwang und der Schusswaffengebrauch, mit seiner Androhung.

Von dem Dozenten wurde in der gesamten Bandbreite des materiellen Rechts aufschlußreich dargelegt, welche präventiven Möglichkeiten bestehen, die eine erfolgreiche integrative polizeiliche Arbeit zulassen und ermöglichen. Dr. Wolfgang Pausch brachte durch immer wieder neue Fallbeispiele die Thematik, auch im formellen Bereich, kurzweilig an den Beamten.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Veranstaltung sehr interessant, lehrreich und die Folgetermine den Mitgliedern unbedingt weiter zu empfehlen sind. Steffen Gabriel

## GdP hat fünf neue Pensionäre

### Bekannte Gesichter verlassen den aktiven Polizeidienst



**Werner Demel und Toni Pedron. ap**

Bis zum August 2010 sind aus den Reihen der PD Groß-Gerau nacheinander sieben beliebte und anerkannte Kollegen in den Ruhestand versetzt worden. Dieter Rauschkolb (DEG Groß-Gerau), Rudolf Brennecke (DEG Groß-Gerau), Werner Demel (DEG Rüsselsheim), Harry Altwig (DEG Kelsterbach) und Robert Steckenreiter (RKI-AG DNA) sind Mitglieder der GdP und das teilweise seit über 40 Jahren.

Dankend haben der Personalratsvorsitzende Michael Schweikert (GdP) und der KG-Vorsitzende Antonio Pedron die Einladung zur Verabschiedung in den Ruhestand angenommen. Rückblickend waren alle Verabschiedungen der Beginn neuer Erinnerungen. Mit teilweise rührenden Worten schaffte es Polizeidirektorin Stephan, die Zuhörer zum Nachdenken anzuregen.

Es wurden viele kleine lustige Geschichten erzählt. Über manch eine Anekdote wurde herzlich gelacht. So führte das Eine zum Anderen und wer zum Beispiel Werner Demel kennt, kann sich denken, dass auch der „Sechs-Tage-Krieg“ Erwähnung fand. Bei den Familien der „Ruheständler“ war zu erkennen, dass sie sich auf die gemeinsame Zeit ohne Polizei freuen werden.

Der Vorstand der KG Groß-Gerau und der Personalrat wünschen alles Gute zur Pensionierung, eine



**Francoise Stephan (Direktionsleiterin GG) und Harry Altwig. ap**

stabile Gesundheit und Freunde in der Zeit nach dem Dienst.

Antonio Pedron

## Urgestein der Odenwälder Polizei wurde 88 Jahre alt

Am 13. August feierte Heinrich Wolk, das älteste Mitglied der Kreisgruppe Odenwald, seinen 88. Geburtstag. Obwohl er gesundheitlich etwas angeschlagen ist, gilt sein Interesse auch weiterhin der Arbeit unserer GdP. Der Seniorenvertreter der KG Odenwald, Herbert Herzog, überbrachte dem Jubilar die Grüße und die besten Wünsche des Vorstandes und der Mitglieder. Heinrich Wolk ist ein Mann der ersten Stunde der Polizeistation Höchst. Er ging 1982 als Schichtdienstbeamter !!!! (DGL) in den wohlverdienten Ruhestand. Er engagierte sich jahrelang als Personalrat des damals noch bestehenden Polizeikommissariats Erbach.



**Herbert Herzog, stehend, gratulierte Heinrich Wolk, Urgestein der Odenwälder Polizei, zum 88. Geburtstag. hh**

## Michael Sommer neuer IGB-Vorsitzender



Michael Sommer, neuer IGB-Vorsitzender. nw

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wurde im Juni in Vancouver zum neuen Präsidenten des internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) gewählt. Seit 2006 war er stellvertretender Vorsitzender. Er sähe darin eine Anerkennung der deutschen Gewerkschaftsbewegung für ihr weltweites solidarisches Einschreiten für Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte.

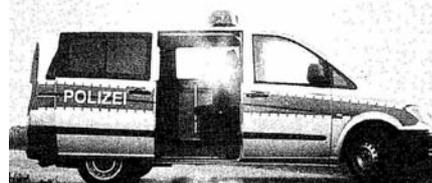
Michael Sommer, Jahrgang 1952, ist seit 1971 Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft, seit 1981 Mitglied der SPD und seit 2002 DGB-Vorsitzender. Er hat an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft studiert. nw

### Tag der offenen Tür

Samstag, 18. Sept. 2010, 11 - 17 Uhr  
Polizeidirektion Odenwald  
Neue Lustgartenstraße 7, 64711 Erbach



- Spannendes aus der Polizeiarbeit
- Hunde, Pferde, Technik
- Einsatz, Rettung, Sicherheit
- Musik, Essen & Trinken
- Kinderprogramm



HESSEN  
Polizeipräsidium  
Südhausen

## DGB-Webseite ohne Senioren-Plattform

### DGB-Senioren werden auch im Internet ausgebrems

Auf der einen Seite ist es erfreulich, dass sich der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen eine neue übersichtliche und mit klarem Design versehene Internet-Plattform gegeben hat ([www.hessen-thueringen.dgb.de](http://www.hessen-thueringen.dgb.de)). Es ist auch erfreulich, dass es eine Plattform für Frauen und Jugend gibt. Auf der anderen Seite ist es aber typisch für den DGB, dass er

die Senioren wieder einmal ausgrenzt, ähnlich wie das der DGB auf Bundesebene macht. Was nützt es, wenn von transparenter Struktur und gut gegliederten Themen und Bedienungsfreundlichkeit gesprochen wird, wenn angeblich Gewerkschaftsarbeit und gesellschaftspolitisches Engagement nicht nur bildhaft, sondern auch per Audio

und Video dargestellt wird, wenn die Seniorenarbeit aber keine eigene Plattform bekommt. Da hilft es auch nichts, wenn ehrenamtliche DGB-Seniorenarbeit auf Kreis- und Landesebene belebt werden sollen. Was hier geschehen ist, ist wieder einmal eine Diskriminierung der Senioren. NW

## Rentenversicherung kostenlos erreichbar

Immer wieder erreichen die Seniorenvertreter der GdP auch Fragen zur Rente. Da dieses Thema aber unter Umständen recht kompliziert ist, ist es besser, gleich bei der Rentenversicherung anzurufen.

Unter der kostenlosen Telefonnummer 0800-10004800 erreicht man die Rentenexperten montags bis donnerstags von 7.30 bis 19.30 Uhr und freitags von 7.30 bis 15.30 Uhr.

Wer das Internet nutzen kann, erreicht die Rentenversicherung unter

[www.deutsche-rentenversicherung.de](http://www.deutsche-rentenversicherung.de) rund um die Uhr. Hier können Vordrucke oder Broschüren herunter geladen werden, man kann Renteninformationen anfordern und sich über viele Themen in der Rentenversicherung informieren. Unter der E-Mail-Adresse [info@deutsche-rentenversicherung.de](mailto:info@deutsche-rentenversicherung.de) kann man auch mit der Versicherung in Kontakt treten.

Die Adresse in Hessen ist: Deutsche Rentenversicherung Hessen, Stadelstr. 28, 60569 Frankfurt/Main, Telefon 069-60520.

Broschüren und Informationen gibt es auch bei: Deutsche Rentenversicherung Bund, Geschäftsbereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation, Ruhrstr. 2, 10709 Berlin. Als Postanschrift gilt: 10704 Berlin. Telefon: 030-8651, Telefax: 030-865-27379. Die E-Mail-Adresse lautet: [drv@drv-bund.de](mailto:drv@drv-bund.de)

Broschüren der Rentenversicherung sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit und grundsätzlich kostenlos. nw

# GdP-Mitgliedsbeitrag auch für Senioren steuerlich absetzbar

## Einspruch notwendig, wenn Finanzämter sich weigern

Aus dem Seniorenbereich gab es Hinweise, dass Sachbearbeiter beim Finanzamt bei der Einkommenssteuererklärung für 2009 die steuerliche Geltendmachung der GdP-Mitgliedsbeiträge als Werbungskosten abgelehnt hätten. Ihr Argument: „Für Pensionäre sind Gewerkschaftsbeiträge keine berufsbezogenen Aufwendungen mehr“. Daraufhin hat die GdP sich bei ihrem Steuerfachmann Peter Dörr schlau gemacht. Ergebnis: Der GdP-Mitgliedsbeitrag ist sehr wohl auch bei Versorgungsempfängern (Pensionären und Hinterbliebenen) steuerlich absetzbar. Das ist glasklar beweisbar anhand einer Entscheidung der OFD Frankfurt vom 18.9.2002 (Az. S. 2212 A-2-St II 27) sowie anhand entsprechender Kommentarliteratur (z.B. Haufe Steuer Office, Version 14.2.0.0, Stand 19.04.10).

Hiernach dienen Gewerkschaftsbeiträge auch bei Rentnern (analog Pensionären) dem Erwerb, der Sicherung und dem Erhalt der Bezüge, da die von den Gewerkschaften geleistete Tarifarbeit wegen der Orientierung der jährlichen Renten- bzw. Versorgungsanpassung an der durchschnittlichen Zuwachsrate bei Löhnen und Gehältern mittelbar auch den Renten- bzw. Versorgungsempfängern zugute kommt und das Betreuungsangebot der Gewerkschaften (Rechtsschutz, diverse Beratungsangebote) auch für die nicht mehr berufsaktiven Mitglieder gilt.

Steuermindernd wirken sich die Gewerkschaftsbeiträge aber nur insoweit aus, als sie im betreffenden Steuerjahr über 102 Euro hinausgehen. Denn dieser Betrag, der sogenannte Werbungskosten-Pauschbetrag, wird bei Versorgungsempfängern als Mindestbetrag ohnehin von den Versorgungsbezügen abgezogen. Weist also ein Pensionär keine Werbungskosten nach, wird vom Finanzamt nur der Werbungskosten-Pauschbetrag in Höhe von 102 Euro angesetzt. Sind aber

die jährlichen Werbungskosten (vielleicht allein schon durch die Gewerkschaftsbeiträge) höher, dann ist diese höhere Summe vom Finanzamt anzuerkennen und als Werbungskosten vom Steuer-Brutto der Versorgungsbezüge abzuziehen.

Falls hierzu noch Fragen bestehen: GdP-Landesbezirksgeschäftsstelle anrufen. Sie hilft weiter.

Carsten Baum

# Suchmaschinen für Pflegeleistungen

## Internet bietet viele Möglichkeiten für ältere und behinderte Menschen

Wer heutzutage alt ist oder gebrechlich, wendet sich bestimmt in erster Linie an seine Krankenkasse, an das Rote Kreuz, die Caritas oder die Arbeiterwohlfahrt. Diese karitativen Organisationen sind meist in der Nähe des Heimatortes zu finden und sie stehen im Telefonbuch. Man kann ihre Adressen, und die einiger anderer Hilfsverbände aber auch im Internet unter dem Begriff „Pflegeleistungen“ oder „Liga der Freien Wohlfahrtspflege“ finden.

Hier sind zum Beispiel in Hessen Mitglied: Arbeiterwohlfahrt (AWO), Caritas (katholische Kirche), Diakonisches Werk der evangelischen Kirche (Diakonie), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Paritätischer Wohlfahrtsverband (Parität), Verband der jüdischen Gemeinden in Hessen. Diese Verbände helfen allen Menschen weiter, die Pflegeleistungen in Anspruch nehmen wollen oder müssen. Die Abrechnungen können zum Teil auch über die Krankenkassen oder Pflegekassen erfolgen, je nach Pflegestufe.

### Pflege rund um die Uhr

Im Internet findet man bei der Recherche aber auch noch viele andere Organisationen, die meist bundesweit aktiv sind und Pflegekräfte rund um die Uhr für zuhause anbieten. Das können deutsche oder auch osteuropäische Pflegekräfte sein.

Es sind im Grunde immer ausgebildete Alten- oder Krankenpfleger/innen, die entweder selbstständig sind oder angestellt bei einer Gesellschaft in ihrem Heimatland. Sie bezahlen alle ihre eigene Sozialversicherung und Steuern. Sie arbeiten meist auch mit deutschen Kliniken zusammen, mit den Wohlfahrtsverbänden oder den Krankenkassen.

### Vermittlung von Pflegekräften

Hier einige Organisationen, die sich um 24-Stunden- und Heimpflege bemühen:

**Visitum GmbH**, Im Quellengrund 11, 25479 Ellerau, Tel.:

01805-847488, Fax: 0800-3357200, E-Mail: info@visitum.de, Webseite: www.visitum.de

**Abona 24**, Schindlerstr. 9, 52074 Aachen, Tel.: 0241-59089, Fax: 0241-5903108, E-Mail: info@abona24.de, Webseite: www.abona24.de

**Therapon 24**, Beratungs- und Service GmbH in Südhessen, von Bad Homburg bis Worms, Robert-Koch-Straße 10, 64331 Weierstadt, Tel.: 06150-544000 oder 06151-3973870, Fax: 06151-39738710, E-Mail: info@therapon24.de

**Die Perspektive GmbH**, Ellerholde 7b, 21465 Reinbek, Tel.: 04104-694145 oder 04104-694148, Fax: 04104-694146, E-Mail: info@wuerdevoll-alt-werden.de, Webseite: www.wuerdevoll-alt-werden.de

**Kolba med-agentur**, Mühlenweidweg 16, 52080 Aachen, Tel.: 0241-163037, Fax: 0241-1696637, E-Mail: info@kolba-med.de

**Humanis Pflegedienst GmbH**, Mozartstraße 1, 76133 Karlsruhe, Tel: 0700-12324252 (Beratung) oder 0721-27111, Fax: 0721-24403, E-Mail: info@humanis-gmbh.de. Webseite: www.humanis-pflege.de

**Eurovest GmbH**, Deutsche Pflegevermittlung, Fichtestraße 14a, 97074 Würzburg, Tel.: 0931-88075855, Fax: 0931-88075866, E-Mail: info@deutsche-pflegevermittlung.de, Webseite: www.deutsche-pflegevermittlung.de

**Seniorplace GmbH**, Brunnenstraße 181, 10119 Berlin, Tel.: 0800-2230800 oder 030-85621460, Fax: 030-85621489, E-Mail: info@seniorplace.de

**Schutzengel**, Vermittlungsagentur von 24-Stunden-Pflegekräften aus osteuropäischen Ländern, Forckenbeckstraße 9-13, 14199 Ber-

lin, Tel.: 030-89735856, Mobile: 0160-96054007, Fax: 030-35389513, E-Mail: info@schutzel24h-betreuung.com

**Pflegeagentur 24 GmbH**, Max-Keith-Straße 42, 45136 Essen, Tel.: 0201-2405380, Fax: 0201-24053814, E-Mail: info@pflegeagentur24.de, Webseite: www.pflegeagentur24.de

Norbert Weinbach

## Umbauten für Behinderte voll absetzbar

Die Kosten für Umbauten am Wohnungseigentum sind für Behinderte als außergewöhnliche Belastung voll absetzbar, wenn sie dadurch weiter in den eigenen vier Wänden bleiben können. Entschieden hat das der Bundesfinanzhof (Az. VI R 7/09). Kläger war ein Ehepaar, bei dem der Mann nach einem Schlaganfall schwer gehbehindert geworden war. Damit er nicht in ein Pflegeheim musste, hatte das Paar eine Rollstuhlrampe einbauen und das Badezimmer behindertengerecht umbauen lassen. Darüber hinaus wurde ein Arbeitszimmer im Parterre zu einem Schlafzimmer umfunktioniert.

Die Kosten von 7150 Euro wollte das Finanzamt nicht anerkennen. Das Ehepaar könne nur den Behinderten- und Pflegepauschalbetrag von 4624 Euro pro Jahr absetzen. Diese Ansicht vertrat auch das Hessische Finanzgericht, da der Umbau den Wohnwert des Hauses erhöht habe. Der BFH sah dies aber nicht so. Das Finanzamt müsse die Umbaukosten als Krankheitskosten anerkennen.

nw